

Soziales zählt.

Forderungen zur Bundestagswahl 2013:
Der Mensch im Mittelpunkt





Foto: Ulrike Bauer

4



Foto: Christian Böhme

22



Foto: Malte Wittmershaus

32

Editorial 4

Thema

Soziales zählt.

Forderungen zur Bundestagswahl 2013:
Der Mensch im Mittelpunkt.

„Bei uns bringt die Zahnfee Bücher“	4
Erst die Stelle, dann die Qualifizierung	6
Armut macht einsam – besonders im Alter	8
„avanta“ bringt die Frauen voran	10
Das Teekesselchen bietet Geborgenheit	12
Ein Leben ohne Angst und Gewalt	14
„Die beste Prävention ist die Lust auf die eigene Zukunft“	16
Ohne Arbeit droht vielen Flüchtlingen die Abschiebung	19

Verbandsrundschau

Höchste Ehrung des Paritätischen für Lebenshilfe-Gründer Tom Mutters	21
Perspektiven für Langzeitarbeitslose	21
Bündnis Umfairteilen mit Aktionen in 100 Städten	22
Kongress „Umverteilen.Macht.Gerechtigkeit.“ setzt wichtige Impulse	22
„Ich bin HIER“ kommt gut an	25
BAGFW im Dialog mit der Kanzlerin	26

Sozialpolitik

„Mehr Getriebener als Akteur“	27
Migrantenorganisationen dringen auf Verbesserungen	27
Kampf um Bett fürs Kind	28
Große Mehrheit für mehr Soziales	29
Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit	30
Denkzettel zur Frühförderung	30
Wenn wir Kanzler von Deutschland wär'n	30

Forum

20 Jahre Tafeln: Armutszeugnis für die Politik	31
Der Kommentar	31
Seniorenwettbewerb: Die schönen Seiten des Internets	32
Projektbericht „Ich will mich“ ausgezeichnet ...	33
Skaten mit Rollstuhl	33
Junge Menschen auf dem Weg ins Berufsleben	33
Ratgeber: Hausmittel aus aller Welt	33

hören & sehen 34

Literaturempfehlung | Impressum 35

was · wann · wo 36

Forderungen des Paritätischen Gesamtverbands zur Bundestagswahl 2013 finden Sie unter:





Professor Dr. Rolf
Rosenbrock,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl am 22. September fällt in eine Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen. Das soziale Bindegewebe unserer Gesellschaft, die Solidarität im Großen wie im Kleinen, gerät zunehmend an die Grenze der Belastbarkeit. Hinzu kommt, dass die sozialen Sicherungssysteme für die demografische Entwicklung nicht ausreichend gerüstet sind. Unsere Aufgabe im Wahljahr ist es, verstärkt jene Themen im Wahlkampf zu platzieren, die für unsere Arbeit besondere Bedeutung haben.

Besonders betrifft dies die Möglichkeiten der Teilhabe aller an den vielfältigen und wachsenden Angeboten des gesellschaftlichen Lebens in unserem reichen Land. Dies zu ermöglichen wird zukünftig aufgrund der komplizierter werdenden Haushaltssituation der öffentlichen Kassen immer schwieriger. Wollen wir auch in Zukunft sicherstellen, dass genügend Mittel für Sozialinvestitionen zur Verfügung stehen, dürfen wir uns nicht der Frage verschließen, woher dieses Geld kommen soll. Wenn die Politik die im Grundgesetz verankerten Prinzipien des Sozialstaats und des sozialen Ausgleichs ernst nimmt und in diesem Sinne gestalten will, gibt es genügend wirtschaftlich und sozial verträgliche Möglichkeiten, die Ungleichheit von Chancen zu verringern und die Fundamente unseres Zusammenlebens zu stärken.

Der Paritätische spricht sich seit geraumer Zeit für eine Heranziehung großer Vermögen und hoher Einkommen aus, um die gesamtgesellschaftliche Finanzierungslast gleichmäßiger auf alle Schultern zu verteilen. Zuversichtlich stimmen uns Umfrageergebnisse, die für genau diese Frage einen übergreifenden Konsens durch alle Schichten und über die parteipolitischen Präferenzen hinweg feststellen. Wir befinden uns mit unseren Forderungen demnach in der Mitte der Gesellschaft.

Eine breite Mehrheit der Menschen in unserem Land erkennt einen ganz erheblichen Investitionsbedarf im Bildungswesen und im sozialen Bereich und empfindet zugleich die private Vermögensanhäufung bei einer Minderheit als ungerecht. Dies sollte vor allem Parteien zu denken geben, die bis heute eine stärkere Belastung der Reichen und Superreichen in unserem Land ablehnen. Dass mehr Geld nötig als vorhanden ist, sehen unsere Mitgliedsorganisationen in ihrer täglichen Arbeit. Immer mehr und immer schwierigere Probleme erfordern ihr Engagement, während die dafür verfügbaren Mittel immer knapper werden. Dabei ist die Arbeit der Wohlfahrtsverbände ein Garant für das zivilisierte Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Voraussetzung dafür ist, dass der Kreativität und dem Gestaltungswillen der auf das Gemein-

wohl orientierten Träger Raum gegeben wird, ohne bürokratische Gängelung. An diesen Orten manifestieren sich der Bürgerwille und das Bürgerengagement.

Um alle seine Forderungen auf Bundesebene zu bündeln, hat der Paritätische auch in diesem Jahr den Parteien seine Wahlprüfsteine vorlegt. Diese beschreiben sowohl den Status quo als auch sachgerechte und solidarische Lösungen. Ihre Substanz stammt letztendlich aus den konkreten Erfahrungen unserer Mitgliedsorganisationen vor Ort. Einige Beispiele finden Sie in diesem Heft.

Wir sollten das mächtigste Instrument unserer Demokratie – den Gang zur Wahl – nutzen, um unseren Vorstellungen von einer lebenswerten Gesellschaft und einem gelingenden Sozialstaat Nachdruck zu verleihen. Der Paritätische ist der Verband der gelebten Demokratie. Wir wollen uns gemeinsam dafür einsetzen, Politik für unsere Ideen zu begeistern. Das Motto für die Bundestagswahl 2013 muss lauten: Soziales zählt. Für unsere Zukunft.

Herzlich Ihr
Rolf Rosenbrock

„Bei uns bringt die Zahnfee Bücher“

Sie wollen unabhängig werden von Hartz IV: 60 junge Mütter, die an einem neuen Projekt des SOS-Kinderdorf e.V. in Berlin teilnehmen. „Beruflich durchstarten mit Kind“ heißt das Ziel. Zwei Teilnehmerinnen berichten über ihre Hoffnungen und wie sie mit ihren Kindern den Alltag mit dem viel zu knappen ALG-II-Regelsatz bewältigen.

Kinder wollen vieles ausprobieren, gucken, was ihnen Spaß macht,“ sagt Özlem D. Ihr achtjähriger Sohn Emre geht einmal in der Woche zum Judo und zum Schwimmen. Jetzt würde er auch gerne noch in der Musikschule lernen, ein Instrument zu spielen. Eigentlich freut sich seine Mutter darüber. Wenn das nur alles nicht so viel kosten würde. „Für vieles ist ja eine entsprechende Ausstattung nötig“, sagt Özlem. Da ist die Badehose noch das Billigste. Außerdem wachsen Kinder ja ständig. Unterm Strich kommt da einiges zusammen. „Und nach dem Schwimmen hat Emre immer einen Bärenhunger und will wie die anderen Jungs schnell einen Burger essen“, erzählt seine Mutter. Da mag sie auch nicht nein sagen. „Meine Kinder sollen nicht diskriminiert werden und darunter leiden, dass ich keine Arbeit habe“, hat sich die

29-Jährige fest vorgenommen. „Ich verzichte doch lieber auf neue Schuhe oder ein T-Shirt, als dass mein Sohn nichts für seine Schul-Brotbox hat.“ In Emres Klasse gebe es ein paar Kinder, deren Eltern arbeitslos seien: Zwei hätten so gut wie nie etwas zu Essen dabei. „Denen gibt Emre manchmal etwas ab – seine Stulle oder seinen Riegel.“

Zu alt für eine Ausbildung?!

Özlem D. muss sich, Emre und den vierjährigen Taylan mit dem Hartz-IV-Regelsatz durchbringen. „Aber das wissen die Kinder nicht“, sagt sie. Und bald, so hofft sie, ändert sich daran ja auch etwas. Özlem möchte eine Ausbildung machen. Am liebsten würde sie Polizistin, aber Erzieherin ist wohl realistischer... „Vor zwei Jahren hat man mir im Jobcenter gesagt, für eine Ausbildung wäre ich schon zu alt“, erinnert sie sich. Doch jetzt – seit sie im SOS-

Berufsausbildungszentrum Berlin am Aktivierungskurs teilnimmt, um ihre „Profil-Lage“ zu verbessern – wie es im Behördenjargon heißt –, hat Özlem wieder Hoffnung. Sie weiß, dass sie einen guten Zugang zu Menschen hat, der Umgang mit Kindern ihr liegt. „Nach der Schule habe ich im Krankenhaus gearbeitet, erst als Reinigungskraft, dann als Stationshelferin.“ Später arbeitete sie sich in einer Burger-Filiale zur Schichtleiterin hoch, musste die Stelle jedoch aufgeben, als sie zum ersten Mal schwanger wurde und keine Nachschichten mehr machen durfte. Und danach hat es die inzwischen alleinerziehende zweifache Mutter nicht wieder zurück ins Arbeitsleben geschafft. Die Chance, eine Ausbildung zu absolvieren, hatte Özlem nach der Schule nicht. Ihre Mutter war früh gestorben, und mit 20 Jahren war Özlem schon verheiratet. „Früher habe ich vieles ge-

„Meine Kinder sollen nicht diskriminiert werden und darunter leiden, dass ich keine Arbeit habe.“

Özlem D., 29 Jahre, alleinerziehend



Foto: Ulrike Bauer

macht, weil es mir so gesagt wurde“, erzählt sie. „Jetzt bin ich stärker.“ Diszipliniert bewältigt die Berlinerin den Alltag mit Hartz IV. Das heißt vor allem: viel denken, viel planen, viel rechnen. „Ehe ich einkaufen gehe, gucke ich genau, was gebraucht wird. Mehr wird nicht gekauft. Ich lasse mich nicht verführen. Ich achte auch immer sehr auf die Preise, gucke, was wo günstig ist.“ Auf der Strecke bleibt jegliche Spontaneität. Einfach mal mit den Kindern losziehen, irgendetwas unternehmen, ist nicht drin, wenn man immer im Blick haben muss, ob es etwas kostet. Ebenso wenig wie die Geburtstagsfeier im Bowlingcenter, die Emre natürlich toll finden würde, oder der Besuch beim Onkel in München. Die Fahrt dorthin ist zu teuer.

„Bildung ist wichtig“

„Es tut mir weh, viele Wünsche der Kinder nicht erfüllen zu können“, sagt Özlem. Dabei gibt sie sich total Mühe, dass Emre und Taylan möglichst wenig vom Hartz-IV-Modus merken, der ihr Leben prägt: „Einmal in der Woche machen wir einen Filmabend – auf dem Sofa, mit jeder Menge zu Naschen. „Und wenn bei uns die Zahnfee kommt, dann bringt sie Bücher. Und der Osterhase auch.“ Bildung ist Özlem wichtig. Das Bildungs- und Teilhabepaket hat

sie bisher jedoch nicht genutzt. „Meine Nachbarin hat sechs Töchter; die sagt, das ist totaler Formularstress. Und beim Elternabend haben sie dasselbe erzählt. Deshalb habe ich es erst gar nicht versucht.“ Und Nachhilfe braucht ihr Sohn ja nicht. Er ist sehr gut in der Schule. Das kann auch Hülya G. von ihrer zehnjährigen Tochter sagen. Anders als Özlem hat die 29-Jährige sich aber an die Formulare fürs Bildungs- und Teilhabepaket herangewagt. „Aber das erste Mal war ein heftiger Papierkrieg“, sagt sie. Dass es einen Zuschuss zum warmen Mittagessen im Hort gibt, das mache sich schon finanziell positiv bemerkbar. „Natürlich reicht das Geld für den Schulbedarf längst nicht, um die Kosten zu decken“, meint die alleinerziehende Mutter, die auch noch eine dreijährige Tochter hat. „Geodreieck, Zirkel, Füller, Hefte. Es wird ja so viel gebraucht für die Schule. Und dann sind alle drei Monate die Sportschuhe zu klein...“

Auch Hülya peilt eine Zukunft ohne Hartz IV an: Bürokauffrau ist ihr Berufsziel. Endlich eine Perspektive! „Beim Jobcenter wussten sie gar nichts mit mir anzufangen“, sagt Hülya. Aber bei SOS hat man sich richtig Mühe gemacht, mit ihr gemeinsam herauszufinden, wo es beruflich hingehen könnte. UB

„Beruflich durchstarten mit Kind“ ...

... heißt ein neues Projekt des SOS-Berufsausbildungszentrum Berlin: Es unterstützt junge Mütter und auch Väter dabei, Wege ins Berufsleben zu finden – mit Einzelberatung und Coaching sowie mit Kursen, in denen die Teilnehmenden unter anderem den Umgang mit PC und Medien sowie wichtige Arbeitstechniken erlernen, aber auch ihre Deutsch- und Mathematikkenntnisse auffrischen können. Zudem geht es ganz praktisch um Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Hilfen bei der Strukturierung

des Alltags. Mit Teilnehmenden, die einen Schulabschluss nachholen möchten oder eine Ausbildung anstreben, werden mögliche Wege ausgelotet. Im Wedding und im SOS-Familienzentrum Berlin in Hellersdorf nehmen insgesamt 60 junge Mütter im Alter zwischen 20 und 35 Jahren teil. Sie können zwischen unterschiedlichen Stundenkontingenten wählen.

„Wir hoffen, an die positiven Erfahrungen anknüpfen zu können, die wir mit dem Vorgängerprojekt ‚Mütter an den Start‘ gemacht haben“, sagt Beraterin Christina Lindner. Dabei habe mehr als die Hälfte der 352 alleinerziehenden Teilnehmerinnen in Ausbildung oder weiterführende Qualifizierung vermittelt werden können.

Kontakt: www.sos-berlin.de

Özlem (links) und Hülya konnten im Projekt „Beruflich durchstarten mit Kind“ endlich berufliche Zukunftsperspektiven entwickeln.



Forderungen an die Politik

- Die Regelsätze in der Grundsicherung müssen ein menschenwürdiges Leben und Teilhabe in der Gesellschaft sichern und sind deshalb auf mindestens 420 Euro anzuhäufeln. Notwendige einmalige Leistungen sind zusätzlich zu übernehmen. Bei Kindern und Jugendlichen sind die tatsächlichen Bedarfe und Kosten neu zu überprüfen.
- Das Bildungs- und Teilhabepaket muss durch einen Rechtsanspruch auf Förder- und Teilhabeleistungen im Rahmen der Jugendarbeit (außerschulische Bildung, Jugend-erholung etc.) ersetzt werden. Der Rechtsanspruch sichert eine niedrigschwellige, bedarfsgerechte Infrastruktur sowie die Zuständigkeit der kommunalen Jugendhilfe, die über das notwendige Know-how verfügt. Für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien sollen diese Angebote gebührenfrei sein. Schulisch bedingte Bedarfe sind im Rahmen des Kinderregelsatzes und über einmalige Leistungen abzudecken.
- Die Energiekosten sind seit dem Jahr 2000 um mehr als das Doppelte gestiegen. Neben Hartz-IV-Bezieher sind vor allem Sozialhilfebezieher, Grundsicherungsempfänger im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Bezieher von Kinderzuschlag und Wohngeld betroffen: insgesamt sind das rund acht Millionen Menschen. Das Wohngeldgesetz ist zu reformieren: Neben Heizkosten müssen auch Stromkosten in einer neuen Energiekostenkomponente berücksichtigt werden. Die Stromkosten von Hartz-IV-Haushalten müssen analog zur Regelung der Heizkosten übernommen werden. Aus energetischer Gebäudesanierung resultierende höhere Kaltmieten sind bei Hartz-IV-Empfängern vom Kostenträger zu übernehmen.



Foto: Gerlinde Geffers

Für viele junge Menschen mit Behinderung führt der Weg nach der Schule in eine Werkstatt. Doch es gibt Alternativen. 900 Frauen und Männer mit Behinderung hat die Hamburger Arbeitsassistenz bereits auf sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt. Einer von Ihnen ist Gazi Yilmaz.

Erst die Stelle, dann die Qualifizierung

Er hat einen festen Arbeitsplatz: Gazi Yilmaz arbeitet als Einräumer im Lager des Haarspezialisten Salon Hagel GmbH in Hamburg. Egal, ob Haargel oder -packung, Haarfarbe oder Pflegeshampoo – Gazi weiß von fast allen der rund 17.000 Produkte, wo sie stehen. Und er bringt es anderen bei. Jeden, der in seinem Bereich eingestellt wird, nimmt er unter seine Fittiche. Da der Betrieb wächst und neue Leute einstellt, wird es vorerst so bleiben. „Das ist mein Traumberuf“, sagt Gazi. Er weiß: Allein hätte er das nie geschafft. Gazi Yilmaz ist ein schmaler junger Mann, 22 Jahre alt, mit kurzem Bart und lockigen Haaren, die an den Schläfen ganz kurzgeschoren sind. Er wirkt schüchtern, als er im Büro von Hagel sitzt und erzählen soll, wie er zu seinem Job gekommen ist. Neben ihm sitzt Birgit Barckmann von der Hamburger Arbeitsassistenz, die ihn seit fünf Jahren

begleitet. Sie ergänzt, als er von seinen Erfahrungen berichtet. Schule, Gewerbeschule, Berufsvorbereitung, dann der Gang zur Agentur für Arbeit, die ihn vor die Alternative stellte, den Berufsbildungsbereich in der Werkstatt für Menschen mit Behinderung oder bei der Hamburger Arbeitsassistenz durchzuführen. Die Hamburger Arbeitsassistenz würde ihm die Chance eröffnen, dauerhaft in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu kommen. Die Entscheidung war klar. Klar war auch, dass er nicht leicht einen Job bekommen würde: Yilmaz Gazi ist links halbseitig gelähmt. Er kann nicht einfach zupacken wie andere, kann nicht

lange stehen und muss viele Tätigkeiten länger üben, bis er sie beherrscht. Es galt also, eine Arbeit zu finden, die ihm liegt und die er gut bewältigen kann. Die Hamburger Arbeitsassistenz half ihm dabei. Sie unterstützt seit 1992 Menschen mit Behinderung auf ihrem Weg in den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Unterstützte Beschäftigung

Gegründet wurde die Hamburger Arbeitsassistenz von der Landesgemeinschaft Eltern für Integration. In ihren Anfangsjahren engagierte sie sich dafür, dass Menschen mit Behinderung in Regelschulen unterrichtet werden. Schon bald tauchte die Frage auf: Was kommt

nach der Schule? Wohl wissend, dass nicht einmal ein Prozent der Menschen mit Behinderung den Sprung aus einer Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt schafften, wollte die LAG von vornherein eine Alternative bieten.

Die Lösung hieß: Unterstützte Beschäftigung. Die Grundidee ist, Menschen mit Behinderung nicht zuerst für den Arbeitsmarkt fit zu machen und dann für sie einen Arbeitsplatz zu suchen, sondern umgekehrt. An erster Stelle steht die Frage, welchen Arbeitsplatz sich ein Mensch mit einer Behinderung wünscht und was seinen Interessen, Fähigkeiten und Einschränkungen entspricht. Im nächsten Schritt sucht die Hamburger Arbeitsassistenten einen Arbeitsplatz für genau diese Person. Dann unterstützt und qualifiziert die Arbeitsassistentin oder der Arbeitsassistent sie so lange, bis sie alleine klar kommt. Auch nach der Qualifizierung bleibt die Arbeitsassistentin für die Arbeitnehmer mit Behinderung und für die Betriebe ein Ansprechpartner.

Viele Praktika ebnen den Weg

Gazi Yilmaz hatte den Wunsch, im Lager zu arbeiten. Auspacken und einsortieren, das mochte er. Zwei Jahre hatte er nun Zeit, in diversen Praktika seine Fähigkeiten zu erproben, auszubauen und schließlich einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden. Dabei standen ihm abwechselnd Arbeitsassistentin Birgit Barckmann oder ihr Kollege zur Seite. Regalservice, Pfandannahme, Spülküche, Lager, Regalpflege, Lagerhelfer – die Liste seiner Praktika ist lang. Die Praktikumsplätze hatte jeweils die Akquisitionsabteilung der Hamburger Arbeitsassistenten gesucht. „Die Praktika bieten für beide Seiten Vorteile“, sagt Birgit Barckmann: „Der Arbeitnehmer kann gucken, ob er mit der Arbeit klar kommt, der Arbeitgeber kann überlegen, ob er ihn einstellt.“ Auf diese Weise hat die Hamburger Arbeitsassistenten bisher 900 Menschen auf sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vermittelt, die ohne ihre Unterstützung vermutlich in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung arbeiten würden. Finanziert wird die Assistenten von der Sozialbehörde, dem Integrationsamt, der Arbeitsagentur und mit EU-Mitteln.

Im August 2011 fing Gazi als Praktikant beim Salon Hagel an. „Ich habe mein Bestes gegeben“, sagt er. Im Oktober hatte der junge Mann einen Arbeitsvertrag. Und er wurde zum Türöffner für weitere Menschen mit Behinderung.

Als Gazi Yilmaz durch das Lager führt, ist seine Schüchternheit verflogen. Täglich werden hier fünf bis acht Paletten angeliefert. Er und sein Kollege Mustafa zählen die Ware und bringen die Rechnungen in die Buchhaltung. Dann räumen sie die Waren aus den Kartons in ein Labyrinth von Regalen ein. „Es kann sein, dass es einen Fehlbestand gibt“, erklärt Gazi fachmännisch.

Intensive Begleitung

Anfangs waren Birgit Barckmann oder ihr Kollege mehrere Stunden täglich bei Hagel. Gazi musste lernen, sich zwischen den Regalen zu orientieren, sich zu merken, wo das Haarspray steht, wohin er die Haarteile geräumt hat oder zwischen fast identischen Töpfen mit durchaus unterschiedlichem Inhalt zu unterscheiden. „Wir haben ihn so lange qualifiziert, bis er es alleine konnte“, sagt Barckmann, während Gazi auf ein Regal zusteuert. Er fischt zwei Töpfe heraus und zeigt auf die Etiketten. Nur ein kleingedruckter Hinweis macht klar: Die eine Maske

ist für kräftige, die andere für feines Haar. So etwas sieht er heute sofort.

Rund 80 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt die Hamburger Arbeitsassistenten, die meisten sind pädagogische Fachkräfte und betreuen Menschen mit Behinderung am Arbeitsplatz. Gleichzeitig beraten sie die Arbeitgeber, zum Beispiel, wenn sie einen Praktikanten mit Behinderung einstellen. Bei Hagel hat Birgit Barckmann geholfen, die Lohnkostenförderung zu beantragen. Sie hat mit Fachleuten vom Integrationsamt gemeinsam überlegt, welche Hilfsmittel dem neuen Mitarbeiter die Arbeit erleichtern. So hat Hagel nun einen Elektro-Wagen für Kartons, der mühelos die Rampe zum Packraum schafft. Gazi und Mustafa steuern ihn mit einer Hand.

Andreas Juszczus, der Lagerleiter, berichtet nur Gutes über Gazi Yilmaz. „Er hat Grips, ist sehr genau und mit Herz und Seele dabei“. Natürlich habe er mit der Lagercrew gesprochen, bevor er Gazi eingestellt hat. Die Erfahrungen waren so gut, dass er kurz danach den ebenfalls halbseitig gelähmten Mustafa eingestellt und Gazi die Verantwortung für neue Mitarbeiter übertragen hat. „Das gibt Selbstwertgefühl“, sagt er.

Mittlerweile hat er auch noch Nesrin U.*; eine junge Frau mit Lernbehinderung, und die gehörlose Sandra B.* eingestellt. Nesrin U. platziert zusammengefaltete Pappen auf ein Laufband. Karton aufstellen, falten und mit Klebeband versehen, das macht die extra neu angeschaffte Maschine, der Paketaufsteller. Und Sandra B. packt Waren für den Versand. Da sie gut von den Lippen ablesen und Körpersprache deuten kann, klappt die Kommunikation mit den Kolleginnen. Unterm Strich gewinnt die Firma in vieler Hinsicht: Sie spart Geld für die Ausgleichsabgabe. Dank Wagen, Paketaufsteller und neuer verstellbarer Tische geht die Arbeit schneller. Und schließlich hat sich auch das Betriebsklima positiv verändert: „Alle gehen jetzt ganz anders mit Behinderung um“, sagt Andreas Juszczus. Das hat Birgit Barckmann in vielen Betrieben erlebt.

Kontakt:

www.hamburger-arbeitsassistenten.de

Gerlinde Geffers

* Namen von der Redaktion geändert



Forderungen an die Politik

- Die UN-Behindertenrechtskonvention mit ihrem Leitgedanken der selbstverständlichen und vollständigen Teilhabe ist umfassend umzusetzen.
- Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen sind unabhängig von der Art und Schwere der Beeinträchtigung zu gewährleisten.
- Die Einführung eines steuerfinanzierten Teilhabegeldes für Menschen mit Behinderung ist ein zentraler Schritt auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung und Teilhabe.

Immer mehr Menschen droht im Alter ein Leben in Armut. Sind derzeit 2,5 Prozent der über 65-Jährigen auf Grundsicherung angewiesen, wird ihr Anteil bis zum Jahr 2025 nach Berechnungen des Paritätischen auf einen zweistelligen Wert steigen. Vor allem Niedriglöhne, Teilzeitarbeit und Arbeitslosigkeit, aber auch die Absenkung des Rentenniveaus zeigen ihre negativen Folgen. Schon jetzt wächst bei der Nordhorner Tafel die Zahl älterer Menschen, die wegen zu geringer Renten Unterstützung benötigen.



Fotos: Bernd Schüller

Armut macht einsam – besonders im

Nein, Hans Pielen* kann sich nicht damit abfinden. 1.100 Euro Rente erhalten er und seine Frau Klara* im Monat. Damit kamen sie 20 Jahre lang über die Runden, irgendwie. Aber seit die Ersparnisse aufgebraucht sind, stellen sich dem 85-Jährigen immer wieder dieselben Fragen: Hat er nicht nach einer von Krieg und Gefangenschaft zerstörten Jugend Jahr für Jahr hart gearbeitet? Hat er nicht

in der Textilfabrik laufend Doppelschichten übernommen und sogar sonntags noch die Maschinen gereinigt? Haben seine Frau und er nicht drei Töchter großgezogen? Und jetzt, als sehbehinderter Mann, jetzt soll er die letzten Jahre ständig fürchten müssen, dass das

Geld nicht für das Notwendigste reicht? Ist das die Antwort auf sein Leben? Hans Pielen schüttelt den Kopf, und sein Blick zeigt: Nein, das kann nicht wahr sein! Solch eine Schmach!

Es dauert etwas, bis sich die Empörung legt und er von den „Wundertüten“ berichtet. So nennen die Pielens die vollgepackten Beutel, die sie seit einem halben Jahr von der Nordhorner Tafel erhalten. Darin die unterschiedlichsten Lebensmittel, die Supermärkte und Großhändler nicht mehr verkaufen können oder wollen. Damit die qualitativ einwandfreien Waren nicht auf dem Müll landen, sammelt die Tafel sie ein und gibt sie an Bedürftige weiter.

„Mal einen Hunderter über haben“

„Meine Frau kann auch mit aussortiertem Gemüse großartig kochen“, findet Hans Pielen. „Dadurch haben wir mal einen Hunderter über“, sagt seine Frau. Ein gutes Gefühl sei das, eine Sicherheit, falls mal die Waschmaschine kaputt gehen sollte. Oder damit sie ihre Kinder wieder zum traditionellen Ausflug einladen können. Recht so, findet Uschi Vox, die Leiterin der Nordhorner Tafel: „Wir sind auch dafür da, dass sich die Leute mal etwas leisten können. Der Mensch lebt ja nicht vom Brot allein, sondern will auch am Leben teilhaben.“ Dass sich die Pielens überhaupt auf den Gang zur Tafel eingelassen haben, ist auch der Überzeugungsarbeit von Uschi Vox zu verdanken. Ihr Credo lau-

tet: „Nicht der Rentner muss sich schämen, dass er zur Tafel geht, sondern die Gesellschaft, die ihn dazu zwingt.“ Trotzdem sträubte sich bei Klara Pielen alles dagegen. Noch heute schäme sie sich „in Grund und Boden“. Niemand darf erfahren, dass sie die Tafel nutzen, weder Verwandte noch Freunde. Wenn sie mit ihren „Wundertüten“ nach Hause kommen, schließen sie zuerst die Garagentür, bevor sie ausladen. „Ich habe eine solche Angst, dass man uns erwischt“, sagt die 81-Jährige.

„Tränen in den Augen“

Uschi Vox und die 110 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Tafel in Nordhorn, einer Stadt nahe der niederländischen Grenze, am Laufen halten, kennen diese Ängste und Vorbehalte. „Viele der alten Menschen, die das erste Mal kommen, haben Tränen in den Augen“, erzählt die Leiterin. Zugleich erlebt sie, wie der Weg zur Tafel für viele normaler wird, die Menschen nicht mehr so bedrückt erscheinen. Etliche kommen bereits Stunden, bevor die Tafel Mittwoch mittags öffnet. „Armut macht einsam“, sagt Uschi Vox, „und hier vor der Tür stehen an-

* Namen geändert

Vor 20 Jahren wurde in Berlin die erste Tafel gegründet. Inzwischen gibt es bundesweit 910 Tafeln, die rund 1,5 Millionen Menschen unterstützen.

Siehe auch Seite 31



Der schwere Gang zur Tafel: Viele, die sich mit gespendeten Lebensmitteln über den Monat retten müssen, möchten anonym bleiben. Ingrid Fries, eine der ehrenamtlichen Helferinnen, hat neben Lebensmitteln immer auch ein gutes Wort für die Tafel-Kunden.

Alter

dere, mit denen sie reden können.“ Und dann sind da noch 30 ältere Männer und Frauen, die zuerst als Kunden kamen und inzwischen helfen, Waren zu verteilen. „Hier gebraucht zu werden, freundlich miteinander zu sein und so eine Gemeinschaft zu erfahren – das kann mir keiner mit Geld bezahlen“, sagt eine 74-jährige Ehrenamtliche.

Auch Maria Lingen* würde gerne mithelfen. Ihr Leben lang war es ihr wichtig, etwas für andere zu tun. Bis vor Kurzem hat die 73-Jährige noch selbst alte Menschen gepflegt, für sie eingekauft, sie betreut, ermutigt. Mit dem kleinen Lohn hat sie ihre Rente etwas aufge bessert. Von Krankheiten geplagt, konnte sie nur 25 Jahre lang arbeiten. Als Schneiderin verdiente sie nicht viel, das bedeutet für sie nun: Leben von der Grundsicherung. Damit käme sie zurecht, sagt sie, „ich bin eine Kämpferin.“ Doch dann entdeckte man vor einem halben Jahr eine weitere Krebserkrankung. Zurück aus dem Krankenhaus, war sie kaum noch mobil. Essen auf Rädern kam nicht infrage, mit 5,80 Euro ist das zu teuer für sie. Zum Glück kannte sie jemanden, der bei der Tafel aktiv war. Seither nutzt sie den Lieferdienst der Tafel. Besonders das eigens für sie zusammengestellte Gemüse schätzt sie: „Davon soll

ich so viel wie möglich essen. Das alles selbst kaufen, das könnte ich mir nicht leisten.“ Ebenso wichtig ist der kurze Besuch jeden Montag. Heinz*, der die Beutel übergibt, ist zu einer festen Bezugsperson für Maria Lingen geworden. Einer, der sich Zeit nimmt und sie auch mal drückt. Der Sohn lebt weit entfernt, andere Kontakte laufen übers Telefon.

Sparen für den Zahnersatz

Was sich Maria Lingen am meisten wünscht: Dass ihr mal jemand beisteht im Kampf mit den Behörden. Dass die Kasse nicht mehr einfach ihren Antrag auf eine Pflegestufe ablehnen kann, und das drei Mal hintereinander! Dass sie sich nicht mehr so klein vorkommen muss. Und vor allem: Dass man die Kasse überzeugen kann, ihr einen neuen Zahnersatz zu bezahlen. Denn mit ihren Zahn lücken unter Fremde zu gehen, ist für sie das Schlimmste. Wenn sie mal raus muss, presst sie sich die alten Dritten, die seit einer Erkrankung nicht mehr sitzen, irgendwie hinein, trotz Schmerzen. Sie spart für neue Zähne, aber es reicht einfach nicht. „Meine Zähne, das ist wichtig. Mit meinen alten Kleidern und dem wackligen Bett, das geht irgendwie.“ Noch ist die Zahl der alten Menschen, die sich an die Nordhorner Tafel wenden,



Forderungen an die Politik

- Zur Bekämpfung von Einkommens- und Altersarmut ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn nötig.
- Wer 35 Jahre lang sozialversicherungspflichtig beschäftigt war oder sich in der Erziehung oder Pflege Angehöriger engagiert und dabei nur geringe Rentenansprüche erworben hat, muss Leistungen mit Wirkung einer Mindestrente erhalten. Zeiten der Kindererziehung und Pflege müssen in der Rentenversicherung besser bewertet werden.
- Die Erwerbsminderungsrente muss vor Armut schützen und bedarfsorientiert ausgebaut werden.
- Die Übergänge in den Ruhestand müssen flexibler gestaltet werden können. Hinzuverdienstregelungen für Rentnerinnen und Rentner müssen großzügiger gestaltet und die Einführung der Rente mit 67 zurückgenommen werden.
- Das Rentensystem in Ost- und Westdeutschland muss einheitlich gestaltet werden.
- Zusätzlich zum Arbeitslosengeld II ist die Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen für Hilfebezieher wieder einzuführen. Als Anreiz für eigene Vorsorge sind in der Sozialhilfe Freibeträge für gesetzliche und private Rentenansprüche zu berücksichtigen.

überschaubar. Etwa jeder Zehnte unter den 1.800 Nutzerinnen und Nutzern ist über 60 Jahre alt. Aber ihre Zahl wird weiter steigen, ist Uschi Vox sicher. Schließlich kämen zunehmend mehr Geringverdiener und Aufstocker: „Das sind doch die armen Alten von morgen.“ Kontakte: www.nordhorner-tafel.de
www.tafel.de

Bernd Schüller

„avanta“ bringt die Frauen voran

Arbeitslosigkeit macht häufig krank. Das belegen Studien. Arbeit dagegen kann eine stabilisierende Wirkung haben. Menschen, die länger krank waren, benötigen jedoch oft spezielle Angebote, die den Einstieg in die Arbeitswelt überhaupt wieder ermöglichen.



Bei avanta München erhalten langzeitarbeitslose Frauen gezielte Unterstützung auf dem schwierigen Weg zurück ins Berufsleben. Unter anderem können sie sich als Kauffrau für Bürokommunikation qualifizieren.

Um Fähigkeiten erst einmal ausprobieren, dann verbessern und später erweitern zu können, braucht es Arbeitsstellen, die Tätigkeiten von der kleinen Handreichung bis zum verantwortungsvollen Posten ermöglichen. Diese Vielfalt bietet „avanta München“ langzeitarbeitslosen Frauen. Gleichzeitig garantieren ausgeklügelte Controlling-Strukturen die hochwertige Qualität der avanta-Produkte wie Werbeversand, Direktmailings oder Schreibservice.

Jahrzehntlang hat Anke G. ihr Leben souverän gemeistert. Als die Wende die gelernte Maschinistin eines ostdeutschen Kohlekraftwerks arbeitslos machte, zog sie kurzerhand dorthin, wo es Arbeit gab. Doch die 12-Stunden-Schichten als Verkäuferin, fünf Tage die Woche, konnte sie nicht mehr leisten, als sie Mutter wurde. Als ihre Jüngste in den Kindergarten kam, dachte Anke G.: „Jetzt komm ich wieder an die Reihe.“ Und suchte Arbeit. Doch sie kam nicht an die Reihe. Anke G. war mittlerweile alleinerziehend, das sahen Arbeitgeber als Risiko. „Mit jedem Tag, der verstrich, habe ich mich mehr aufgegeben“, sagt die 41-Jährige. Die Aussichtslosigkeit machte sie krank, schwer krank sogar.

Wie Anke G. müssen vor allem Frauen Brüche in ihrer Erwerbsbiografie meistern. Darum wurde 1994 von Frauen für Frauen „avanta München“ gegründet, damals noch in Trägerschaft des Frauentherapiezentrum. Die Gründerinnen wollten mit ihrem rein weiblichen Betrieb einen geschützten Raum speziell für psychisch kranke und suchtmittelabhängige Frauen schaffen, in dem sie ihre Arbeitsfähigkeit wieder erlangen können.

Erste Schritte mit avanta Steps

Heute ist die Zielgruppe um langzeitarbeitslose Frauen mit „Vermittlungshemmnissen“ erweitert. Dazu zählen zum Beispiel bereits ein Migrations-

hintergrund oder ein Alter jenseits der 50. Um die beruflichen Chancen zu erhöhen, bietet avanta Einstiegsmöglichkeiten wie avanta Steps: Im Kursprogramm können der Europäische Computerführerschein (EDCL) erworben und von der Industrie- und Handelskammer zertifizierte Qualifizierungsmodule als Kauffrau für Bürokommunikation absolviert werden. Nach einer erfolgreichen Therapie wagte Anke G. mit avanta Steps ihren ersten Schritt zur beruflichen Neuorientierung. Doch selbst das anerkannte EDCL-Zertifikat genügte den Arbeitgebern nicht: Ihr fehle die Praxis. Auch dazu verhilft ihr nun avanta. Denn genau dafür bietet der Frauenbetrieb

auch Stellen im Büro. Der Vorteil: Abgewickelt werden die realen Aufträge der realen Kunden des avanta Lettershops. „Sobald Langzeitarbeitslose spüren, dass sie ‚echte‘ Arbeit erledigen, erleben sie einen Motivationsschub“, erzählt Gabriele Fues, für Personal zuständige Vorstandsfrau von avanta. „95 Prozent unserer Mitarbeiterinnen erleben ihre Arbeit als sinnstiftend, was stabilisierend auf ihre Gesundheit wirkt.“ Anke G. gehört dazu: „Als Arbeitslose hatte ich zwar Zeit, aber keine Kraft, mich zu irgendetwas aufzuraffen, heute komme ich befriedigt nach Hause und habe nach einer Verschnaufpause Lust, was zu tun, etwa mit meinen Kindern.“ Ihre Krankheit hat sie vollständig überwunden.

Mittel massiv gekürzt

Doch die Mittel für derartige Beschäftigungsprojekte sind in den letzten Jahren bundesweit massiv gekürzt worden. Dabei haben die Träger der sozialen Betriebe in München noch Glück, weiß Karin Majewski, Geschäftsführerin des Paritätischen Bezirksverbands Oberbayern und Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände

für Arbeit und Beschäftigung in München. Denn hier wirken sich die Kürzungen bei den Arbeitsmarktinstrumenten nicht ganz so extrem aus, weil die Kommune freiwillig 28 Millionen Euro für die Arbeitsmarktintegration zur Verfügung stellt. Zudem koordinieren sich die drei Geldgeber – Kommune, Jobcenter plus Bezirk Oberbayern – mit den freien Trägern unter Federführung des Paritätischen so gut, dass kein Euro durch unnötige Doppelstrukturen verloren geht.

Bedarfsgerechtes, marktnahes Angebot

Im Sommer sollen die Eckpunkte neu geordnet werden, nach denen die Stadt München Mittel aus ihrem Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm vergibt. Die erfahrenen avanta-Frauen sehen dem gelassen entgegen. Sie haben schon viele Änderungen in Vorgaben und Gesetzen überlebt. Daraus ist ihre Stärke gewachsen: die Vielfalt und Flexibilität ihres bedarfsgerechten und marktnahen Angebots.

Am meisten profitieren davon die beschäftigten Frauen. Denn avanta bietet gleich mehrere Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Sogar Frauen, die

anerkannt erwerbsunfähig sind, können bei avanta etwas zur Rente dazuverdienen. Wie die Statistik des Bezirks Oberbayern, der diese Stellen finanziert, zeigt, sinkt der Krankenstand in dieser Gruppe nach der Arbeitsaufnahme bei avanta beträchtlich. „Bei einigen Mitarbeiterinnen stabilisierte sich die Gesundheit sogar so, dass sie ihre Erwerbsfähigkeit wiedererlangten“, berichtet Gabriele Fues.

Seit drei Jahren bietet der avanta Lettershop sogar eine Umschulung zur Kauffrau für Bürokommunikation. „Das ist meine Chance, doch noch einen Fuß auf den Arbeitsmarkt zu bekommen“, ist Julia B. überzeugt. Die 30-jährige

fand nach einer sehr spezialisierten Ausbildung im öffentlichen Dienst keine Anstellung, brach eine zweite sechsjährige Ausbildung zur Dolmetscherin wegen ihrer Theorielastigkeit ab. Der Dauerfrust war nicht gerade gesundheitsfördernd.



Forderungen an die Politik

- Die Mittel für die aktive Arbeitsmarktförderung müssen erheblich aufgestockt werden.
- Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente müssen wieder stärker an die Förderbedarfe arbeitsmarktfremder Personen angepasst werden.
- Für dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossene Personen müssen längerfristige sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsangebote bereitgestellt werden. Nötig ist die Flexibilität, wirtschaftsnah und im Einzelfall auch unbefristet mit diesen Menschen arbeiten zu dürfen.
- Pädagogische Hilfen müssen ausgebaut werden, die Beschäftigungsunternehmen finanziell unterstützt und deren Stammpersonal gesichert werden.

Wieder neue Lebensfreude

Ihre Arbeitsvermittlerin verwies sie an avanta. Julia B. blühte auf. Die Arbeit macht ihr Spaß. Weil sie ihre Aufgaben erfolgreich erledigt, wurde ihr die Umschulung zur Bürokauffrau angeboten. Deren Dauer ist mit zwei Jahren überschaubar, zudem ist die Ausbildung praxisorientiert, was der jungen Frau liegt: „Wenn ich diesen Abschluss schaffe, profitiere ich auf der Jobsuche zudem doch noch von meinen Sprachkenntnissen.“ Für ihre Zukunft sieht Julia B. nun wieder eine echte Perspektive, die ihr Lebensfreude schenkt.

Kontakt:

www.avanta-muenchen.de

Gisela Haberer



Viele zufriedene Kunden: Das Team im Lettershop leistet hervorragende Arbeit. Fotos: Gisela Haberer

Tagesbetreuung im „Teekesselchen“: Das Spiel mit dem Stofffußball macht Spaß und regt an. Links im Bild: Koordinatorin Cornelia Plenter



Fotos: GSP | Werner Krüper

Das Teekesselchen bietet Geborgenheit

Eine fremde Umgebung, unbekannte Gesichter, ungewohnte Geräusche – ein Klinikaufenthalt kann Menschen mit demenziellen Erkrankungen zutiefst verunsichern, gar verstören. Eine Tagesbetreuung wie das „Teekesselchen“ im Gemeinschaftskrankenhaus in Herdecke gibt ihnen Halt.

Namen sind Botschaften. Wie soll man eine Tagesbetreuung für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen taufen? Auf keinen Fall etwas Stigmatisierendes wie Demenz-Café wählen, sagt Cornelia Plenter. Sie ist die Koordinatorin des „Teekesselchen“ und hatte die Idee für die Bezeichnung nach einem Kinderspiel zum Begriffe-Raten. „Teekesselchen“ klingt gesellig und signalisiert Wohlgefühl. Der Multifunktionsraum in der Station 2c ist für das Betreuungsangebot entsprechend eingerichtet: mit einem altmodischen Küchenbuffet, behaglichem Sessel und einladender Tischgarnitur.

„Willkommen in der guten Stube“, so empfängt Betreuerin Heike Bartolomey von montags bis freitags bis zu sieben Patientinnen und Patienten. Zuvor ist sie durch die Stationen ge-

gangen, um zu erfragen, wer an diesem Tag für das „Kesselchen“ infrage kommt. Der Besuch ist natürlich freiwillig, hängt aber auch vom gesundheitlichen Zustand, anstehenden Untersuchungen oder Therapien ab. Die Patientinnen und Patienten können sowohl vormittags als auch nachmittags kommen. Im Teekesselchen sitzen sie zusammen, spielen, singen, reden. Beim Mittagessen speisen sie gemeinsam, die Zeit der Mittagsruhe verbringen die Betreuten auf den Stationen. „Die Aktivitäten kosten viel Kraft. Daher ist diese Ruhephase enorm wichtig“, erklärt Cornelia Plenter.

Individuelle Zuwendung

In der Tagesbetreuung finden Menschen mit demenziellen Erkrankungen die individuelle Zuwendung, die ein auf immer mehr Effizienz ausge-

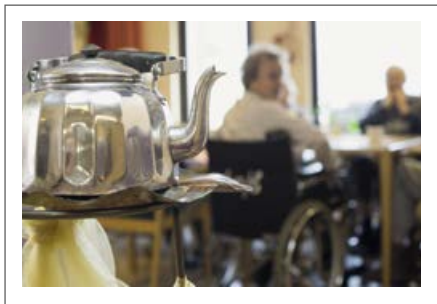
richteter Krankenhausbetrieb in dem Umfang nicht mehr leisten kann – diese These finden die Verantwortlichen des anthroposophisch orientierten Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke (GKH) im Alltag bestätigt: Die Patientinnen und Patienten des Teekesselchens sind kommunikativer, haben weniger Probleme mit der Ernährung und in der Regel einen ausgeglichenen Tag-Nacht-Rhythmus. Die Evaluation des Projekts durch die Universität Bielefeld hat bei den Betreuten eine „Stabilisierung der Fähigkeiten mit leichten Verbesserungen“ bestätigt. Die Pflegekräfte wiederum fühlten sich zeitlich und fachlich entlastet.

Was die Auszeit vom Klinikalltag bedeutet, hat die Patientin Clara Meier* im Gästebuch des Teekesselchens so

* Namen von der Redaktion geändert

ausgedrückt: „Mir geht es danach immer besser, nach jeder Stunde, die ich hier bin.“ Das Angebot vermittele den Betreuten „ein positives Erlebnis“, sagt Cornelia Plenter: „Hier geht es nicht um ihre Einschränkungen, sondern um ihre Kompetenzen. Wir wollen an die Erinnerungen anknüpfen, um ins Gespräch zu kommen.“

Um das Teekesselchen „sprudeln“ zu lassen, erspürt Betreuerin Heike Bartolomey zu Beginn das Thema, das am besten zu der jeweiligen Gruppe passt. Da wird mal übers Wäschewaschen von damals oder über altes Handwerk geplaudert. Beliebt sind auch „Mensch, ärgere Dich nicht“ und „Domino“-



Runden. Kreativität beweisen die Kesselchen-Gäste bei den Filz-Nachmittagen. Die kleinen Textilkunst-Schöpfungen, die dabei entstehen, sollen später zu einem Wandteppich verknüpft werden. Wie stimulierend es in der Runde zugeht, zeigt das Beispiel

einer Frau namens Bilke. Sie bekam den Spitznamen „Frau Rilke“, weil sie sehr ausdrucksvoll Gedichte rezitierte. Nicht alle Patientinnen und Patienten sind gleichermaßen kommunikativ. „In dieser Situation ist es zunächst nicht leicht, in sozialen Kontakt zu treten“, weiß Cornelia Plenter. Manche würden „nur wahrnehmen“, andere wiederum seien lebhaft und spontan. Die Koordinatorin erinnert sich dabei vor allem an eine Geschichte: Ein Sohn

hatte seine Mutter ermuntern wollen, doch einmal ihr Alter auszurechnen. Was die demenziell erkrankte Frau natürlich unter Stress setzte. Da bestimmte ihre Sitznachbarin resolut: „Wir wollen hier doch keine Rechenspiele machen, wir wollen singen!“, stimmte ein Lied an – und alle fielen ein.

Unterstützung durch ehrenamtliche Kräfte

Die Tagesbetreuung ruht nicht allein auf den Schultern von Heike Bartolomey. Die gelernte Altenpflegerin ist teilzeitbeschäftigt. Nachmittags kümmern sich ehrenamtliche Kräfte um die Patientinnen und Patienten, meist zu dritt. Zwischen zwölf und 15 Frauen und Männer engagieren sich im Teekesselchen: Ruheständler des Krankenhauses und andere Rentner und Rentnerinnen, aber auch Berufstätige und eine Studentin für Heilpädagogik. Regelmäßige Schulungen machen sie fit für ihre Aufgabe. Der Wechsel von der hauptamtlichen Tagesbetreuerin zu den Freiwilligen ist ein sanfter Übergang. „Frau Bartolomey begleitet die Gruppe eine Stunde lang gemeinsam, dann schleicht sie sich raus“, erklärt Cornelia Plenter.

Die Angehörigen der Betreuten sind im Teekesselchen ebenfalls willkommen. Für sie als Berufstätige „war es eine große Entlastung und Hilfe, meinen Vater so gut und liebevoll umsorgt zu wissen“, so Annegret Brinkhaus. Vor allem die persönliche Ansprache habe „zur Regeneration der geistigen



Forderungen an die Politik

- Der vom Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs empfohlene Pflegebedürftigkeitsbegriff muss umgehend umgesetzt werden.
- Der tatsächliche Pflegebedarf und der erforderliche Pflegeaufwand müssen in den jeweiligen Pflegestufen, die Orientierung für den Personaleinsatz geben, realitätsgerecht abgebildet werden. Personalschlüssel müssen eine angemessene Versorgung ermöglichen.
- Pflegesätze, Entgelte und Preise müssen sich an der geforderten Qualität orientieren. Die Politik muss die Finanzierung entsprechend sichern.
- Die Ausbildungskosten im Bereich der Pflege müssen aus dem Leistungssystem finanziert werden. Die Kosten der Altenpflegeausbildung sind auf alle Versicherten umzulegen – analog zum Umlageverfahren der Kosten der Krankenpflegeausbildung in den Krankenhäusern. Da es sich bei der Pflege um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, ist auch über eine Finanzierung aus Steuermitteln nachzudenken.
- Die Fallpauschalen im Krankenhaus müssen an die komplexen Behandlungs- und Pflegebedarfe älterer, insbesondere auch demenziell erkrankter Patientinnen und Patienten angepasst werden.

Fähigkeiten beigetragen“. Der Tochter gefiel auch, dass „der Geburtstag besonders nett“ gefeiert und gemeinsam musiziert wurde. Besuche hätten oft noch einen positiven Nebeneffekt, so Cornelia Plenter: „Die Angehörigen nehmen Anregungen mit für daheim, für die Zeit nach dem Krankenhaus.“

Bernd Kleiner

Blickwechsel Demenz

Im Rahmen seiner Initiative „Blickwechsel Demenz“ startet der Landesverband Nordrhein-Westfalen des Paritätischen ein neues Projekt. Es zielt darauf ab, Krankenhäuser in NRW bei der Umsetzung demenzsensibler Konzepte zu unterstützen. Das vom Gesundheitsministerium des Landes unterstützte Projekt umfasst sechs Workshops und wird bei einer Infoveranstaltung am 9. Juli vorgestellt. Nähere Informationen sind zu finden auf der Internetseite www.blickwechseldemenz.de.

*

Den Evaluationsbericht der Universität Bielefeld zur Tagesbetreuung „Teekesselchen“ gibt es als Download unter: <https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mgepa>

Ein Leben ohne Angst und Gewalt

Jährlich suchen rund 16.000 Frauen mit fast ebenso vielen Kindern in Deutschland Zuflucht in einem Frauenhaus. Sie fliehen vor Ehemännern, Lebenspartnern oder Vätern, die sie schlagen, erniedrigen, bedrohen, beschimpfen oder von der Umwelt isolieren.



Nicht selten wird Frauen in größter Not jedoch der Zugang zu Schutz und Hilfe aufgrund unklarer Finanzierungsfragen und bürokratischer Hürden erschwert oder gar verwehrt. Besonders hart trifft das beispielsweise Studentinnen, Auszubildende und ausländische Frauen.



„Einmal hat er mit dem Gürtel nach mir geschlagen und dabei meinen Sohn im Gesicht getroffen. Da habe ich angefangen zu überlegen, wie ich am besten von ihm wegkomme.“
Anja S.*, 31

Als er gedroht hat, er bringt mich um, wenn er am Abend zurück kommt, hab' ich mir gesagt: Anja*, jetzt musst du schnellstens weg mit den Kindern. Und als er dann zur Arbeit gefahren ist, habe ich gleich meine Freundin angerufen, die wichtigsten Sachen zusammengepackt, und bin mit Samuel* und John* weg. Ich habe ja vieles ertragen in den letzten Jahren. Aber ich wollte nicht warten, bis mein Mann nach Hause kommt und mir vielleicht ein Messer in den Rücken rammt. Oder den Kindern etwas antut. Ich wusste, ich muss weg aus der Stadt, Sonst bin ich nicht sicher mit den Kindern. Zwei Monate sind wir jetzt hier in Oberursel im Frauenhaus, weit genug weg von meinem Ex-Mann. Hier können wir uns frei bewegen, einkaufen gehen oder ins Schwimmbad, ohne dass ich Angst haben muss, dass wir ihm irgendwo begegnen. Zum Glück hat mir das Familiengericht jetzt das alleinige Aufenthaltsbestimmungsrecht für die Kinder zugesprochen. Mein Mann darf die Kinder nur noch treffen, wenn er sich auf begleiteten Umgang einlässt, also beispielsweise jemand vom Kinderschutzbund dabei ist. Beim Gericht haben sie gesagt, dass er dringend Hilfe braucht, wegen seinen

Aggressionen. Wenn er mit irgendwas nicht klarkommt, rastet er total aus. Und in der letzten Zeit ist es immer schlimmer geworden. Einmal hat er mit dem Gürtel nach mir geschlagen und dabei meinen Sohn im Gesicht getroffen. Da habe ich angefangen zu überlegen, wie ich am besten von ihm wegkomme. Ich habe lange Zeit gehofft, dass er sich ändert. Er hat das ja auch immer gesagt. Aber das waren nur leere Versprechungen.

Meine Kinder können wieder lachen

Die Jungs sind immer noch verängstigt. Sie haben zu viel Schlimmes mitbekommen. Der Große, der jetzt fünf ist, natürlich noch mehr als Samuel. Der ist ja erst 20 Monate alt. Aber langsam wird es besser. Und dass meine Kinder hier auch wieder lachen können, zeigt mir, dass es die richtige Entscheidung war, meinen Mann – also Ex-Mann – zu verlassen. Seine Familie stammt aus Marokko. Total liebe Leute. Es tut mir schon leid, dass ich keinen Kontakt mehr zu ihnen haben kann. Sie haben mich aufgenommen wie

* Zum Schutz der Anonymität wurden die Namen geändert und auf ein Original-Foto verzichtet.

ihre eigene Tochter. Ich hatte selbst keine tolle Kindheit. Da hat mir das richtig gut getan. Aber es wäre zu gefährlich, sie weiter zu treffen, weil mein Ex-Mann dann erfährt, wo ich bin.

„Jetzt gucke ich nur noch nach vorne“

Wir waren lange zusammen. Sechs Jahre waren wir verheiratet. Aber jetzt ist es endgültig vorbei. Ich gucke nur noch nach vorne, nicht mehr zurück. Ich suche uns jetzt eine neue Wohnung. Wenn wir die haben, bekommen wir auch Unterstützung von der Familienhilfe. Und wenn der Kleine im Sommer einen Kindergartenplatz hat, will ich wieder arbeiten gehen. Ich habe eine Ausbildung als Köchin. Ich bin echt stolz, dass ich das geschafft habe. Und ich hoffe, ich finde auch

eine Stelle, die sich mit Kindern vereinbaren lässt. Es gibt ja Kantinen und soziale Einrichtungen, wo man nicht abends arbeiten muss.

Seit ich hier im Frauenhaus bin, bin ich schon viel ruhiger geworden und traue mir auch wieder mehr zu. Die Gespräche mit den Betreuerinnen und Pädagoginnen helfen mir sehr. Wir Frauen können uns jederzeit an sie wenden, wenn uns etwas beschäftigt: wenn ich Fragen habe, bei einem Problem nicht weiter weiß oder Hilfe beim Ausfüllen von Formularen brauche. Das ist ja unglaublich viel, wenn man sein Leben neu aufbauen muss. Es tut mir auch gut, dass hier andere Frauen sind, mit denen ich reden kann. Viele haben ähnliches erlebt wie ich. Jede hat einen Haufen Probleme. Und die Kin-

der können auch miteinander spielen. Ein bisschen gibt einem das auch Geborgenheit. Auch wenn das hier kein Zuhause ist, sondern nur eine Übergangslösung.

Ein eigenes Leben aufbauen

Ich kann jeder Frau, die in einer ähnlichen Lage ist, wie ich, nur raten: Bleibt nicht bei Männern, die euch schlecht behandeln. Euch selbst zuliebe, und den Kindern zuliebe. Das Schwerste ist es, die Entscheidung zu treffen, zu gehen. Aber wenn man das geschafft hat, wird es besser. Auch wenn es nicht leicht ist, sich ein eigenes Leben aufzubauen. Aber es ist ein unbeschreibliches Gefühl, nicht mehr jeden Tag Angst haben zu müssen.

Aufgezeichnet von Ulrike Bauer

Neues Haus, alte Sorgen

Dass Anja S. mit ihren beiden Jungs im Oberurseler Frauenhaus unterkommen konnte, ist nicht selbstverständlich: „Wir haben öfter Zeiten, in denen wir Frauen absagen müssen, weil das Haus voll ist“, betont Renate Westenberger, Mitarbeiterin des fünfköpfigen Frauenhaus-Teams. „Wir versuchen dann zu helfen, dass sie in einem anderen Haus unterkommen.“ 2012 betraf das insgesamt 106 Frauen und 114 Kinder.

Mehr Platz, aber nicht mehr Plätze

Dabei ist die vom Oberurseler Verein „Frauen helfen Frauen – Haus für Frauen und Kinder im Hochtaunuskreis e.V.“ getragene Zuflucht erst vorigen Sommer in ein nagelneues Domizil gezogen. Das nach einer großzügigen Stifterin benannte „Anneliese-Reinhardt-Haus“ bietet deutlich mehr Platz und bessere Aufenthaltsbedingungen für die Frauen: mehr Zimmer, Bäder und Küchen, ein Wohn- und ein Spielzimmer sowie ein kleines Fernsehzimmer und einen eigenen Computer-Raum, in dem die Frauen die Möglichkeit haben, in Ruhe Bewerbungen zu schreiben. Aber die Zahl der Plätze ist mit 21 die gleiche wie im alten Haus.

Ohnehin war der Neubau nur möglich, weil dem Trägerverein, der selbst erhebliche Eigenmittel einbrachte, viele halfen: Kreis und Stadt, die Stiftung Deutsches Hilfswerk und am Bau beteiligte Firmen.

Ohne Spenden geht es nicht

Die laufende Finanzierung der Zuflucht ist nach wie vor – wie beim Gros aller Frauenhäuser – ein heikles Kapitel. Obwohl Spenden und Bußgelder nicht verlässlich einzuplanen sind, spielen sie eine große Rolle: „Sie machen rund ein Drittel unseres Etats aus“, sagt Renate Westenberger. „Zum Glück haben wir eine sehr rege ehrenamtliche Fundraising-Gruppe.“ Die Zuschüsse des Hochtaunuskreises, Landesmittel und eine Umlage aus den zum Kreis gehörenden Gemeinden alleine würden nicht ausreichen. Auch nicht, wenn man die Tagessätze hinzurechnet, die vom Jobcenter beziehungsweise der Arbeitsagentur für die Unterkunft gezahlt werden. „Viele Frauen haben ja kein eigenes Einkommen und müssen daher Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII beantragen“, sagt Westenberger. Ausgeschlossen sind davon jedoch bei-

Forderungen an die Politik

- Frauen und Kinder brauchen einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei häuslicher und sexualisierter Gewalt – unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen.
- Der Bund muss seine Regelungskompetenz nutzen, um flächendeckend einen effektiven Schutz und schnelle Hilfe für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder zu gewährleisten und eine unbürokratische, bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung des Unterstützungssystems sicherzustellen.

spielsweise Auszubildende, Studentinnen, Frauen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, die keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt haben. Weil bei diesen und ihren Kindern der Aufenthalt in der Regel von keiner Stelle finanziert wird, musste das Anneliese-Reinhardt-Haus voriges Jahr rund 20 Hilfesuchende abweisen. „So bitter ist die Realität“, sagt Renate Westenberger.

Kontakt: www.frauenhaus-oberursel.de

Das Interview

Die Chancen auf ein gesundes und langes Leben sind in Deutschland extrem ungleich verteilt. Die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung sterben im Durchschnitt zehn Jahre früher als die reichsten 20 Prozent. Zudem sind sie öfter, schwerer und länger krank. Wirkungsvolle Prävention und Gesundheitsförderung könnten daran etwas ändern. Doch der Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Förderung der Prävention bleibt meilenweit hinter dem Stand gesundheitswissenschaftlicher Erkenntnisse zurück, kritisiert Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands. Auch die Finanzierung des Gesundheitswesens hält er für dringend reformbedürftig.



Professor Dr. Rolf Rosenbrock ist seit April 2012 Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands. Der 68-Jährige war von 1988 bis 2012 Leiter der Forschungsgruppe Public Health im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Von 1999 bis 2009 gehörte er zudem dem Sachverständigenrat der Bundesregierung für die Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen an.

„Die beste Prävention ist die Lust auf die eigene Zukunft“

Herr Rosenbrock, der Paritätische dringt seit Jahren auf ein Bundesgesetz, das die nicht-medizinische Primärprävention und Gesundheitsförderung zu einem eigenständigen Feld der Gesundheitspolitik macht. Mit dem nun vorliegenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung sind Sie aber unzufrieden...

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock: Die von der schwarz-gelben Koalition in dem Entwurf skizzierte Präventionspolitik basiert im Wesentlichen auf der Annahme, dass gesundheitliches Fehlverhalten vor allem durch Informationen und materielle Anreize verringert werden kann. Dieser Ansatz wird aber der Realität nicht gerecht.

Im Gesetzesentwurf wird der vielfach belegte Zusammenhang zwischen sozialen Lebensbedingungen und Gesundheitszustand weitestgehend ausgeblendet. Der Grund, warum Menschen sich gesundheitlich riskant verhalten, liegt aber ganz häufig darin, dass Gesundheit in ihrer eigenen Lebenslage keinen besonderen Stellenwert gewinnen kann, weil ganz andere Fragen sie beschäftigen. Darum ist es in erster Linie wichtig, die Ressourcen in Menschen zu stärken, die ihn dazu

bringen, sein alltägliches Verhalten, seine Zukunft und damit auch die eigene Gesundheit wichtiger zu nehmen. Das erreicht man nicht, indem man Plakate aufhängt und Gesundheitskurse anbietet, in denen den Leuten gesagt wird, sie sollen sich mehr bewegen und gesünder ernähren. Oder indem man versucht, sie mit Bonusprogrammen zu locken. Damit wenden sich die Krankenkassen in erster Linie

an die aus ihrer betriebswirtschaftlichen Sicht attraktiveren Versicherten, vorwiegend aus der Mittelschicht, die sich ohnehin schon um ihre Gesundheit kümmern. Aber die Menschen, die es besonders bräuchten, erreichen sie fast gar nicht. Da die Anreize aus dem morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich immer noch Krankenkassen mit vielen chronisch kranken Versicherten benachteiligen, kön-

Mehr gesunde Jahre in einem längeren Leben

- Die durchschnittliche Lebenserwartung in der Bevölkerung nimmt in Deutschland pro Jahrzehnt um circa ein bis zwei Jahre zu. Das bedeutet: Die Zahl und der Anteil alter und hochbetagter Menschen steigen.
- Von den jährlich rund 600 Millionen medizinischen Behandlungsfällen in Deutschland basieren etwa drei Viertel auf chronischen Erkrankungen: Herz-Kreislauf-Krankheiten, Krebserkrankungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen, Diabetes, chronisch obstruktive Lungenerkrankungen und psychische Erkrankungen. Ein

großer Anteil dieser Erkrankungen kann verhütet beziehungsweise sein Ausbrechen durch nicht-medizinische primäre Prävention zeitlich nach hinten verschoben werden. Unter den chronisch kranken Menschen sind sozial Benachteiligte stark überrepräsentiert.

- Jedes Jahr, um das – im Bevölkerungsdurchschnitt – der Ausbruch dieser chronischen Erkrankungen nach hinten verschoben werden kann, bedeutet, dass die Zahl der Menschen, die pflegebedürftig werden, um ca. 400.000 geringer ausfällt.

Sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen

Männer, die an oder unter der Armutsgrenze leben – das ist fast jeder Fünfte in Deutschland – leben im Schnitt 10,4 Jahre kürzer als wohlhabende Männer. Bei Frauen beträgt der Unterschied 8,4 Jahre. Hinzu kommt, dass bei den armen Männern im Durchschnitt die chronisch-degenerativen Erkrankungen 3,5 Jahre früher im Leben auftreten, bei den Frauen 0,8 Jahre. In der Summe bedeutet dies, dass ärmere Männer eine um mehr als 14 Jahre, ärmere Frauen eine um 9,2 Jahre kürzere „gesunde Lebenserwartung“ haben als wohlhabende. Schon im Kindergarten manifestieren sich die ungleichen Gesundheitschancen.

Teilt man die in Deutschland lebende Bevölkerung nach Einkommen, Bildung und Stellung im Beruf in fünf gleich große Teile, dann haben Menschen aus dem unter-

ten Fünftel in jedem Lebensalter – von der Wiege bis zur Bahre – ein ungefähr doppelt so hohes Risiko, ernsthaft zu erkranken oder vorzeitig zu sterben wie die Menschen aus dem obersten Fünftel. Das ist nicht primär ein Problem des Gesundheitsverhaltens: Das in den benachteiligten sozialen Schichten tatsächlich riskantere Gesundheitsverhalten (im Hinblick auf Rauchen, Bewegung, Ernährung etc.) erklärt weniger als die Hälfte der sozial bedingten Unterschiede; und auch das Verhalten selbst ist nicht einfach eine Frage der individuellen Entscheidung, der Stärke oder Schwäche des Willens, sondern im Wesentlichen Produkt der sozialen Lage, zu der schlechtere Wohnbedingungen, geringere Handlungsspielräume und schwächere soziale Netze gehören. Prof. Dr. Rolf Rosenbrock

nen diese derzeit ja auch gar kein ökonomisches Interesse daran haben, sich speziell um sozial Benachteiligte zu bemühen und für sie gezielt Präventionsmaßnahmen anzubieten. Denn unter ihnen sind chronisch kranke Menschen überproportional vertreten.

[Wie müssten denn sinnvolle Präventionsangebote gestaltet sein, die auch sozial benachteiligte Menschen erreichen?](#)

Sie müssen den unstrittigen Zusammenhang zwischen sozialen Lebensbedingungen wie materieller Armut und krank machendem Umfeld – also etwa schlechte Wohn-, Erholungs- und Einkaufsbedingungen, Schadstoffbelastungen in der Luft und Lärm – und dem Gesundheitszustand der Menschen berücksichtigen. Leider wird dieser Ansatz der Verhältnisprävention im Gesetzesentwurf weitestgehend ausgeblendet. Der Schwerpunkt liegt im Wesentlichen auf Verhaltensprävention. Die Verantwortung wird damit vor allem den Versicherten zugeschoben. Die Stärkung von Ressourcen und die Verbesserung der Lebensverhältnisse werden extrem vernachlässigt.

Jetzt konkret zu Ihrer Frage: Sinnvolle Präventionsangebote sollten Prozesse in den Lebenswelten der Menschen anstoßen, die für sie erfahrbar machen:

Ich kann allein und zusammen mit anderen etwas verändern in meinem Leben. Prozesse, bei denen die Menschen durch Ausprobieren erleben, dass es möglich ist, ihre Umwelt mehr an ihren eigenen Bedürfnissen auszurichten, und daraus insgesamt Mut schöpfen, diese Herangehensweise auch auf andere Lebensbereiche zu übertragen. Ich bin überzeugt: Die beste Prävention ist die Lust auf die eigene Zukunft. Dazu ist es von ganz entscheidender Bedeutung, dass Menschen das Gefühl haben: Ich bin wichtig, ich bin einmalig, es ist gut, dass es mich gibt. Dass sie sich in stabilen sozialen Netzwerken aufgehoben wissen und erfahren, ich kann allein oder gemeinsam mit anderen Ziele definieren und etwas bewegen. Deshalb ist moderne Gesundheitsförderung immer partizipativ. Es geht um mehr Teilhabe, größere Selbstbestimmung, um Selbstgestaltung, um „Empowerment“.

[Können Sie dass an einem praktischen Beispiel näher erläutern?](#)

Wir müssen verstärkt in die Kitas gehen, in Schulen, soziale Brennpunkte, Einrichtungen für alte und behinderte Menschen, in Freizeiteinrichtungen und Betriebe. Weil die Menschen die Möglichkeit haben müssen, das, was

ihnen und ihrer Gesundheit gut tut, auch in ihrem direkten Lebensumfeld realisieren zu können. Und wir müssen die Menschen in die Gestaltung von Präventionskonzepten einbinden. Wenn Beschäftigte eines Betriebes sich beispielsweise in einem Gesundheitszirkel fragen: „Was missfällt und belastet uns an unserer Arbeit, was ist das Schöne daran? Und wie könnten wir das eine kleiner und das andere größer machen?“ – und wenn die dazu notwendigen Schritte dann auch erfolgen, dann führt das erwiesenermaßen zu einem sinkenden Krankenstand und stärkerer Betriebsbindung.

Demonstriert wird dies auch durch die HIV/Aids-Prävention, deren Gestaltung in Deutschland wesentlich in den Händen der betroffenen Gruppen liegt und eben nicht nur das Verhalten, sondern auch Faktoren thematisiert, die dieses beeinflussen, zum Beispiel Diskriminierung. Das hat zu den niedrigsten HIV-Neuinfektionsraten in Europa geführt.

Und wenn wir beispielsweise in Freizeiteinrichtungen Jungen in der Pubertät dazu bringen, sich mit ihrer Ernährung zu beschäftigen und gemeinsam etwas Leckeres zu kochen, dann weiß man: Diese Jugendlichen erfahren eine wirkliche soziale Impfung gegen den übermäßigen Konsum von Fastfood. >>

Derartige Projekte gibt es aber doch immer mal wieder...

Aber es sind eben nur kurzfristige Angebote. Genau das ist eines der Probleme, diese flickenhaft agierende „Projektitis“, die aufgrund ihrer Diskontinuität keine nachhaltigen Erfolge ermöglicht.

Was fordern Sie?

Wir brauchen zur gesundheitsförderlichen Gestaltung der Lebenswelten keine kurzfristigen Einzelmaßnahmen, die nur wenige erreichen, sondern Aktivitäten, die auf Dauer gestellt sind. Wir haben rund 45.000 Schulen in Deutschland, etwa ebenso viele Kindertageseinrichtungen und eine Vielzahl sozialer Brennpunkte. Das zeigt die Dimension dessen, was ein Präventionsgesetz regeln müsste, das diesen Namen verdient. Die skandinavischen Länder sind da viel weiter.

An erster Stelle der Gesundheitsziele steht dort immer die Teilhabe auf kommunaler Ebene. Moderne Gesundheitsförderung hat viele Überschneidungen mit sozialer Arbeit. Gute Sozialarbeit ist immer auch Gesundheitsförderung. Und noch ein wichtiger Punkt: Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss auf eine breitere Basis gestellt werden.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, die Aufwendungen der gesetzlichen Krankenkassen von derzeit circa vier Euro pro Versichertem pro Jahr auf sechs Euro zu erhöhen. Das begrüßen wir natürlich. Der Paritätische erwartet jedoch gleichzeitig, dass nicht nur alle Sozialversicherungsträger – auch Arbeitslosenversicherung und Private Krankenversicherung –, sondern auch Bund, Länder und Kommunen verpflichtet werden, sich an Finanzierung und Organisation der Prävention zu beteiligen. Zugleich sollten all diese Akteure, aber auch gemeinnützige Träger, Patientenverbände oder beispielsweise Sportvereine bei der Prävention eingebunden werden. Dazu braucht es eine verbindliche Kooperation und Koordination. Eine unverbindliche Präventionskonferenz und die geplante Stärkung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung reichen nicht aus.

Herr Rosenbrock, lassen Sie uns noch zu einem weiteren wichtigen Aspekt der Gesundheitspolitik kommen. Auch die derzeitige Finanzierung des Gesundheitswesens ist dem Paritätischen ein Dorn im Auge.

Es ist inakzeptabel und in Europa einmalig, dass sich gerade einkommensstarke Menschen durch den Wechsel zur Privaten Krankenversicherung der solidarischen Lastenverteilung im Gesundheitswesen entziehen können. Der Paritätische plädiert für eine solidarische Bürgerversicherung, an der sich alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihren finanziellen Möglichkeiten beteiligen. Nur so können wir unser Gesundheitssystem zukunftsfest machen und sicherstellen, dass auch künftig jeder Mensch die medizinische Versorgung erhält, die er benötigt.

„Gute Sozialarbeit ist auch Gesundheitsförderung.“

Unser Modell führt dazu, dass die Einnahmehasis verbreitert wird und die Finanzierungslasten auf mehr Schultern verteilt werden. Die Beitragsbemessung darf sich nicht länger nur auf Löhne und Gehälter beziehen, sondern muss auch Kapitalerträge, Mieteinnahmen und Gewinne von Selbstständigen sowie aus Werkverträgen umfassen, die bei den Einkünften eine immer größere Rolle spielen. Außerdem sollte die Beitragsbemessungsgrenze auf das gleiche Niveau angehoben werden wie bei der Gesetzlichen Rentenversicherung. Und selbstverständlich muss auch die Versicherungspflichtgrenze entfallen.

Was bedeutet das für den Beitragssatz?

Nach unseren Berechnungen könnten die Krankenkassenbeiträge sogar um bis zu drei Prozentpunkte gesenkt werden. Und mit der Bürgerversicherung könnte auch der Leistungskatalog erweitert werden und zugleich auf Zuzahlungen der Patienten verzichtet werden. Ich halte die derzeitige Zuzahlungslage, wie wir sie bei der Versorgung mit Zahnersatz haben, schon längst nicht mehr für vereinbar mit einer solidarischen Krankenversicherung. Und auch die Tatsache, dass die Kassen für Brillen gar nichts mehr zahlen, ist nicht vertretbar.

Auch notwendige Arzneimittel werden zum Teil nicht mehr erstattet, weil sie nicht verschreibungspflichtig sind...

... mit außerordentlich schmerzhaften Konsequenzen für viele Menschen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen. Es gibt eine ganze Reihe von nicht verschreibungsfähigen Mitteln, die ausgesprochen wirksam sind, wenige Risiken haben und zur Bewältigung chronischer Krankheiten absolut unverzichtbar sind, aber von den Kassen nicht bezahlt werden. Da muss der Gemeinsame Bundesausschuss in jedem Einzelfall einen Sonderbeschluss fassen, warum ein nicht verschreibungspflichtiges Mittel trotzdem erstattungsfähig ist. Wir fordern generell, dass Leistungen für Arznei- und Verbandsmittel ebenso wie Heil- und Hilfsmittel umfassend in den Leistungskatalog der Krankenversicherung aufgenommen werden.

Auch beim Patientenrechtegesetz sehen sie noch Verbesserungsbedarf?

Ein zentraler Kritikpunkt ist, dass sich der Geist der UN-Behindertenrechtskonvention und die aus der Ratifizierung für Deutschland resultierenden Vorgaben nicht im Gesetz wiederfinden. Es wird beispielsweise immer noch vom Konzept der Einwilligungsunfähigkeit bei Menschen mit geistiger Behinderung ausgegangen, obwohl die UN-Konvention sagt, dass jeder Mensch entscheidungsfähig ist und es zunächst einmal darauf ankommt, alle Möglichkeiten der Entscheidungsassistenz für Menschen mit Behinderung zu nutzen, ehe man fremde Menschen bei medizinischen Eingriffen für sie entscheiden lässt.

Außerdem ist nach wie vor auch die Beweislastverteilung im Fall von Kunstfehlern im Medizinsystem für Patienten sehr unbefriedigend geregelt. Da hat das Gesetz letztlich nur die bisherige Rechtsprechung nachvollzogen. Aber nach wie vor wird Betroffenen zugemutet, auf Risiko zu klagen und finanziell lange in Vorleistung zu treten. Darum fordert unser Verband auch energisch die Einrichtung eines Härtefallfonds.

Die Fragen stellte Ulrike Bauer

Delal Azad Barzani* floh als 13-Jährige mit ihrer Mutter und zwei Geschwistern aus dem Irak nach Deutschland. Jetzt macht sie eine Ausbildung als medizinische Fachangestellte bei einem Augenarzt.
Foto: Corinna Willführ



Endlich ganz ankommen: Ohne Arbeit droht vielen Flüchtlingen die Abschiebung

Ziel des Netzwerks Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim ist es, Flüchtlingen und Bleibeberechtigten durch die Vermittlung in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis oder in Ausbildung die Möglichkeit auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland zu eröffnen.

Seit 2008 werden die Aktivitäten der Bleiberechtsprojekte im Rahmen des vom Europäischen Sozialfonds finanzierten „Bundesprogramms zur arbeitsmarktlchen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt“ gefördert. In der ersten Projektrunde (2008 bis 2010) wurden bundesweit 43 lokale und regionale Beratungsnetzwerke gefördert. Insgesamt 11.400 Menschen wurden betreut und unterstützt. Von diesen wurde über die Hälfte in Arbeit vermittelt. In der zweiten Projektrunde werden rund 230 Einzelprojekte in 28 Netzwerken gefördert. Diese Förderung endet im Dezember 2013.

Zu Beginn der zweiten Projektrunde wurde die Zahl der Ausländerinnen

und Ausländer, die mit einer Bleibeberechtigung auf Probe in Deutschland leben, auf rund 14.000 Menschen beziffert. Um einen dauerhaften Aufenthaltsstatus zu erhalten, müssen sie eine Beschäftigung finden, mit der sie ihren Lebensunterhalt alleine bestreiten können.

Werkstatt PARITÄT koordiniert

Im Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim haben sich am Projektstandort Stuttgart mit der zum Paritätischen gehörenden Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt (AGDW) Arbeiterwohlfahrt, dem Caritasverband und der Evangelischen Gesellschaft vier Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit mit dem Jobcenter der Landeshauptstadt zusammengeschlossen. Koordiniert und geleitet wird ihre Arbeit von der Werkstatt PARITÄT, einer Tochtergesellschaft des Paritätischen Landesverbands Baden-Württemberg. Kontakt: www.bleibinbw.de und www.werkstatt-paritaet-bw.de

Die Bewerbungsmappe von Delal Azad Barzani* ist vorbildlich. Auf dem Deckblatt ein professionelles Porträtfoto der freundlich lächelnden jungen Frau, darunter ihre Kontaktdaten. Ihr klar strukturierter Lebenslauf folgt auf der ersten Seite, Zeugnisse und Bescheinigungen sind beigelegt. „Wir haben diese Bewerbung in vielen Gesprächen gemeinsam erarbeitet“, sagt Susanne Weimer-Aue. Die 61-Jährige ist Projektmitarbeiterin im Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim. Kennengelernt haben sich Delal Azad Barzani und Susanne Weimer-Aue vor sieben Jahren in der Flüchtlingsunterkunft in Stuttgart-Botnang. „Da war ich 13 Jahre alt“, erinnert sich die heute 20-Jährige. Damals hatte gerade ihre Flucht aus dem Irak ein Ende gefunden. Als Angehörige der Religionsminderheit der Jesiden mussten sie und ihre Familie in der Heimat um Leib und Leben fürchten. Delal war zusammen mit ihrer Mutter und ihren beiden Brü-

* Name von der Redaktion geändert

dern nach Deutschland gekommen – ihr Vater hatte bereits vor Jahren das Land verlassen, „um die Familie zu schützen“. Angekommen im Karlsruher Lager „war ich die Erste, die angefangen hat zu weinen“, erinnert sich Delal. „Dabei war ich doch die älteste von uns Kindern.“ Als ihre Mutter ihr erklärt: „Wir können nicht mehr zurück. Hier wird unser neues Zuhause sein.“, beschließt die Jugendliche: Ich will dazugehören, will mitreden und zeigen, „dass ich hierher passe“. Als Flüchtlingskind besucht sie die Internationale Vorbereitungsklasse an der Friedensschule in Stuttgart. „Ich habe nichts anderes gemacht als gelernt, auch nach dem Unterricht“, sagt Delal in akzentfreiem Deutsch. 2009 macht sie ihren deutschen Hauptschulabschluss.

Ausbildungsstelle beim Augenarzt

Doch auch die ehrgeizige Teenagerin hat eine Schwäche: Mathematik. Susanne Weimer-Aue besorgt ihr einen Nachhilfeler. Die Frau, die Delal in der Flüchtlingsunterkunft Botnang kennengelernt hat, arbeitet inzwischen auch im Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim. Konkret: im Büro der Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt in Stuttgart. Als eine von vier Partnerorganisationen des Netzwerks Bleiberecht hat sich die AGDW darauf spezialisiert, Flüchtlinge und Bleibeberechtigte bei Bewerbungen um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu unterstützen und sie beim Einstieg in den deutschen

Der Bundesrat hat im März 2013 beschlossen, eine vom Land Hamburg initiierte und von mehreren anderen Bundesländern unterstützte Initiative für eine neue Bleiberechtsregelung in den Bundestag einzubringen. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, jugendlichen oder heranwachsenden geduldeten Ausländern eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn sie sich seit vier Jahren im Bundesgebiet aufhalten und einen erfolgreichen Schulbesuch in Deutschland nachweisen. Erwachsene Ausländer sollen nach achtjährigem Aufenthalt und nachgewiesener nachhaltiger Integration eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Arbeitsmarkt mit Rat und Tat zu begleiten. Und das mit großem Erfolg: Im Jahresbericht 2011 der Einrichtung ist zu lesen, dass von den rund 100 Menschen im Alter von 16 bis 30 Jahren, die zur AGDW kamen, fast alle in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis vermittelt werden konnten. Delal ist seit November 2011 Auszubildende zur medizinischen Fachangestellten bei einem Augenarzt.

Individuelle Unterstützung

„Wir erkunden die individuellen familiären und schulischen Erfahrungen unserer Klienten, ihre Wünsche und Vorstellungen von ihrer Berufsausbildung oder -tätigkeit“, sagt Susanne Weimer-Aue. Und ihre Kollegin Kathrin Grünwald ergänzt: „Gemeinsam mit den jungen Frauen und Männern erstellen wir die Bewerbungen und unterstützen sie bei Bedarf, wenn es Konflikte in der Berufsschule oder am Arbeitsplatz gibt.“ Eine intensive individuelle Beratung, die zeitaufwendig ist. Mit dem Aus der Projektförderung des Netzwerks Bleiberecht Ende des Jahres wird es diese spezielle Beratung nicht mehr geben. Susanne Weimer-Aue und Kathrin Grünwald bereiten ihre Klienten bereits auf diesen Einschnitt vor. Wir verweisen sie an die Migrationsberatungsstellen. Aber dort, so die beiden, „wird eine spezifische Beratung, wie sie bei uns geleistet werden konnte, nicht möglich sein.“ Das befürchtet auch Mattea Schimpf von der Werkstatt PARITÄT, die die Aktivitäten des Netzwerks Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim koordiniert. „Der größte Verlust ist, dass mit dem Ende der Förderung die Netzarbeit beendet wird und die spezielle Unterstützung, die die Betroffenen dort erfahren haben, nicht fortgesetzt werden kann.“ „Ich vergesse nie, was hier für mich getan worden ist. Es ist so ungerecht, dass andere Flüchtlinge, die diese Hilfe brauchen, sie nicht mehr bekommen sollen“, sagt auch Delal. Im August wird die gebürtige Irakerin ihre Ausbildung abschließen. Der Beruf gefällt ihr: „Ich wünsche mir sehr, dass ich übernommen werde.“ Mit ihren Eltern und ihren Geschwistern will sie demnächst die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen.

Corinna Willführ



Forderungen an die Politik

- Es ist nicht akzeptabel, wenn zehntausende Menschen über Jahre hinweg als Mitmenschen auf Ab-ruf behandelt werden. Für langjährig geduldete Flüchtlinge muss eine umfassende Bleiberechtsregelung geschaffen werden, die ihnen eine realistische Option auf ein Aufenthaltsrecht bietet.
- Asylbewerber unterliegen zwölf Monate lang einem absoluten Arbeitsverbot. Auch danach darf ihnen eine Arbeitserlaubnis nur erteilt werden, wenn auf den entsprechenden Arbeitsplatz kein Deutscher oder EU-Bürger vermittelt werden kann („Vorrangregelung“). Das Arbeitsverbot muss unmittelbar nach Beendigung des Erstaufnahmeverfahrens aufgehoben werden.
- Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Daraus folgt die Forderung nach einer Gleichbehandlung von Asylbewerbern mit Hartz-IV- und Sozialhilfebeziehern. Notwendig ist es zudem, die europaweit einmalige Residenzpflicht aufzuheben und den Asylsuchenden und Geduldeten die Teilnahme an Integrationskursen zu ermöglichen.
- Menschen mit Duldung, Aufenthaltsgestattung und humanitären Aufenthaltserlaubnissen sind von der Ausbildungsförderung entweder komplett ausgeschlossen oder es werden ihnen lange Warte-fristen auferlegt. Dies ist nicht nur aus der humanitären Perspektive, sondern auch integrationspolitisch und angesichts des Fachkräftemangels aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht nachvollziehbar. Bezüglich des Zugangs zu Ausbildung und Beschäftigung sollten für bereits in Deutschland lebende Personen möglichst geringe Hürden gelten.

Foto: Kannel | Lebenshilfe



Verbandsvorsitzender Rolf Rosenbrock (rechts) überreicht Tom Mutters im Beisein von Jeanne Nicklas-Faust (Bundesgeschäftsführerin der Lebenshilfe) die vom Künstler Robert van de Laar gestaltete Skulptur „Dialog und Toleranz“.

Höchste Ehrung des Paritätischen für Lebenshilfe-Gründer Tom Mutters

Das besondere Engagement von Dr. h. c. Tom Mutters für Offenheit und Toleranz in unserer Gesellschaft hat der Paritätische Gesamtverband mit seiner höchsten Auszeichnung gewürdigt. Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock verlieh dem Gründer und Ehrenvorsitzenden der Bundesvereinigung Lebenshilfe die Skulptur „Dialog und Toleranz“.

Dieser Preis wird nur an Menschen verliehen, die sich in ganz besonderer Weise für Offenheit und Toleranz in unserer Gesellschaft eingesetzt haben. Für diese Offenheit und Toleranz stehen Tom Mutters und die Lebenshilfe beispielhaft“, sagte Verbandsvorsitzender Prof. Dr. Rolf Rosenbrock bei der Verleihung der Auszeichnung Anfang Mai in Marburg. Die Welt sei nur lebbar, wenn die Menschen in all ihrer Verschiedenheit auf ihr vorkommen könnten und diese Vielfalt als Reichtum begriffen werde. Als Beauftragter der Vereinten Nationen für „Displaced Persons“ – so der

Ausdruck für Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und andere Menschen, die von den Nationalsozialisten verschleppt worden waren – kam Tom Mutters 1949 nach Hessen. In der Heil- und Pflegeanstalt Goddelau wurde der 32-jährige Pädagoge mit dem ungeheuren Elend von Kindern mit geistiger Behinderung konfrontiert. Als Reaktion gründete der Niederländer mit Eltern und Experten 1958 in Marburg die Bundesvereinigung Lebenshilfe, deren Geschäftsführer er 30 Jahre war.

Tom Mutters habe die Selbsthilfebewegung von Eltern behinderter Kinder zu großem Erfolg geführt, betonte Rolf

Rosenbrock. Heute gehören ihr 135.000 Mitglieder an. 3.200 Einrichtungen sowie mobile und ambulante Dienste – von der Frühförderstelle über die Kita und Schule bis zur Werkstatt – wurden zur Förderung von Menschen mit geistiger Behinderung und zur Unterstützung ihrer Angehörigen etabliert. „Tom Mutters steht für ein Ideal: Eine Gesellschaft, in der Menschen mit und ohne Behinderung sich gegenseitig wertschätzen und gleichberechtigt zusammen leben“, freute sich auch die Bundesgeschäftsführerin der Lebenshilfe, Prof. Dr. Jeanne Nicklas-Faust, über die Auszeichnung.

Perspektiven für Langzeitarbeitslose – Fachtagung in Stuttgart

Mit ihrer Initiative „Menschen teilhaben lassen – neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose schaffen“ haben Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, und der Bundestagsabgeordnete Pascal Kober (FDP) einen neuen Lösungsansatz zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit vor dem Hintergrund des aufkommenden Fachkräftemangels entwickelt. Kein Arbeitskräftepotenzial soll unge- nutzt und möglichst niemand auf Dauer

ohne eine Chance auf Erwerbsarbeit bleiben. Je nach individuellem Grad der Vermittlungshemmnisse werden arbeitslose Menschen dem Modell zufolge entweder in Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarkts beschäftigt und dafür im Bedarfsfall notwendige Unterstützungsangebote der „Assistierte Beschäftigung“ bereitgestellt. Oder sie erhalten einen Arbeitsplatz in Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen, die sich am Marktgeschehen beteiligen und

dadurch sinnvolle Beschäftigung bieten. Eine bundesweite Tagung des Paritätischen zu dieser Initiative gibt Gelegenheit, sich mit den Initiatoren auszutauschen und Praxisansätze kennenzulernen, die vorbildhaft für die Umsetzung sein können. Sie findet statt am 18. Juli 2013 in Stuttgart-Vaihingen. Nähere Informationen gibt es auf www.der-paritaetische.de in der Rubrik Veranstaltungen oder per E-Mail an arbeitsmarkt@paritaet.org.



Unterschriften sammeln in Hannover



Kundgebung in Bochum

Taler-Wanderung in Braunschweig

Bündnis Umfairteilen mit

In bundesweit rund 100 Städten sind Bürgerinnen und Bürger im April beim Umfairteilen-Aktionstag für eine stärkere Besteuerung von Reichtum, gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau auf die Straße gegangen. Das waren mehr als doppelt so viele Orte wie beim ersten Aktionstag 2012. Menschenketten, Straßentheater, Gottesdienste, Open-Air-Konzerte, Unterschriftenaktionen, Flashmobs

und Demonstrationen – mit einem breiten Spektrum an Engagementformen gelang es, viele Menschen für das Anliegen des Bündnisses zu interessieren. In Berlin und Saarbrücken verteilten Demonstrierende über Menschenketten beispielsweise symbolisch Geld um; in Bremen und Freiburg organisierten die lokalen Bündnisse Aktions-Stadtrundgänge zu Orten der Armut; in Hamburg

Der Kongress „Umverteilen. Macht.“



Professor Dr. Rolf Rosenbrock (Mitte) in der Diskussionsrunde mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske (links), Moderatorin Katja Maurer (rechts) und (nicht im Bild) dem Schweizer Gewerkschafter Andreas Rieger sowie Dagmar Paternoga (attac).

Foto: Sascha Bachmann | echt fotografie.de

Eines war am Ende klar: Das viel strapazierte Schlagwort von der Neiddebatte zieht nicht mehr, um die Forderung nach einer gerechteren Vermögensverteilung zu diskreditieren. Neid sei eine völlig angemessene Reaktion angesichts der Tatsache, dass die reichsten zehn Prozent der Deutschen über zwei Drittel des gesamten privaten Nettovermögens verfügten und immer mehr Menschen von Armut betroffen seien, betonten mehrere Rednerinnen und Redner beim Kongress „Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit.“. Ende Mai fand dieser an der Technischen Universität Berlin statt, veranstaltet von Organisationen wie attac, Deutscher Gewerkschaftsbund, Hans-

Böckler- und Friedrich-Ebert-Stiftung, medico international und dem Paritätischen.

„Was soll ein Mensch, der nichts hat, denn tun, außer neidisch sein? Das hat auch etwas mit Selbstverteidigung zu tun“, sagte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, im Eröffnungsforum des Kongresses. „Welches Recht haben wir, solch großen Reichtum zuzulassen, während andere darben, hier und weltweit?“, fragte Schneider. Er ist überzeugt: „In der Gesellschaft ist ein neues Gerechtigkeitsempfinden entstanden. Die Tabuisierung von Reichtum ist durchbrochen worden. 76 Prozent der Bevölkerung sind für Umverteilung, die gilt es in die Wahlkabinen

Flashmob
in MünchenDresden: Aktion
mit Kuschtelieren„Red Dinner“
in Hamburg

Aktionen in 100 Städten

luden die Umfairteilerinnen und Umfairteiler vor dem Rathaus zum „Red Dinner“. Bei Veranstaltungen in Bochum, Dortmund und Wuppertal betonte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, die vielen Aktionen machten deutlich, dass die Politik die Augen vor der Verteilungsfrage nicht mehr verschließen könne. Bis zur Bundestagswahl im September werden auf

lokaler Ebene viele weitere Aktivitäten folgen. Für den 14. September 2013 ist eine große Demo in Bochum geplant. Darüber hinaus sammelt das Bündnis weiterhin online Unterschriften auf www.umfairteilen.de. Dort finden Interessierte auch stets aktuelle Informationen. Fotos: Bündnis Umfairteilen| Christian Böhme|Der Paritätische| Alessandro Baretta|pott-umfairteilen.de

Ulrich Schneider
in Bochum

Gerechtigkeit.“ setzt wichtige Impulse

zu bringen.“ Schon jetzt sei der Druck auf die Politik beispielsweise im Hinblick auf die Steueroasen so groß geworden, dass sie reagieren müsse. Die skandalöse Steuerhinterziehung zeige, wie Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands unter großem Beifall feststellte, dass man keinesfalls arm und schlecht gebildet sein müsse, um „asozial“ zu sein. Es gehe bei der Debatte um die Umverteilung daher auch nicht um Neid, sondern um die Weiterentwicklung von Zivilisation in diesem Land.

Geld für soziale Arbeit nötig

Beide Vertreter des Paritätischen machten beim Kongress deutlich,

dass die Umverteilung des Reichtums dringend nötig ist, auch um die soziale Arbeit finanzieren zu können. Ob Jugendzentrum oder Eltern-Kind-Läden – sie alle hätten schon jetzt unter massiven Kürzungen zu leiden und stünden mit dem Rücken an der Wand. Dass sie ihren Beschäftigten mitunter weniger zahlen könnten, als diese verdient hätten, so Schneider, liege auch daran, dass es im Sozialbereich am notwendigen Geld fehle. Alleine im Pflegebereich würden beispielsweise sechs Milliarden Euro mehr gebraucht, um die Pflegebedürftigen angemessen versorgen und das Personal adäquat bezahlen zu können, rechnete der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen vor.

Die Rolle der Medien in der Umverteilungsdebatte war Thema eines Workshops mit dem Publizisten Dr. Wolfgang Storz, Christina Deckwirth von LobbyControl und TAZ-Redakteurin Ulrike Herrmann (von links). Moderiert wurde er von Dr. Rudolf Martens vom Paritätischen Gesamtverband (rechts).
Foto: Bauer



Zeichen setzen für Umverteilung!
Was dafür nötig ist, darüber
diskutierten (von links)
Ruth Gurny (Denknetz Schweiz),
Wolfgang Katzian (Gewerkschaft
der Privatgestellten|Österreich),
Ulrich Thöne (Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft),
Anne Jung (medico international)
und Ulrich Schneider
(Paritätischer Gesamtverband).
Foto: U. Bauer



Rückverteilen, was die neoliberale Politik den Menschen genommen hat

Wie in Deutschland ist auch in der Schweiz und in Österreich Umverteilung ein Thema. In der Schweiz jedoch unter anderem Namen, wie Ruth Gurny (Präsidentin des Denknetzes Schweiz) und Andreas Rieger (Co-Präsident der Gewerkschaft Unia) berichteten. „Rückverteilung“ heißt es da. „Wir wollen den Leuten zurückgeben, was ihnen durch die neoliberale Steuerpolitik genommen wurde“, so Rieger. Ebenso wie die Redner aus den beiden deutschsprachigen Nachbarländern begrüßte Dagmar Paternoga vom globalisierungskritischen Netzwerk attac den grenzüberschreitenden Charakter der Konferenz. Es gelte, nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit Gerechtigkeit zu erreichen. „Es geht nicht um Neid, es geht um Menschenleben“, sagte Paternoga, die ebenso wie Anne Jung von medico international beispielhaft auf die menschenverachtenden, ausbeuterischen Produktionsbedingungen in der Textilindustrie in Ländern wie Bangladesch hinwies.

Armut trotz Wirtschaftswachstum

In mehr als 60 Workshops und elf Foren tauschten sich annähernd 150 Referentinnen und Referenten mit rund 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses darüber aus, wie die Umverteilung von unten nach oben umgekehrt werden kann und welche Strategien und Instrumente dabei hilfreich sind. Nachdem der britische Gesundheitsökonom Richard Wilkinson in seiner brillanten Eröffnungsrede eindrucksvoll dargelegt hatte, in welchem engem Verhältnis soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Probleme wie sinkende Lebenserwartung

und steigende Kriminalitätsraten zueinander stehen, machte Dr. Rudolf Martens, Leiter der Forschungsstelle des Paritätischen, in seinem Workshop anhand vieler Fakten deutlich: Trotz eines stetigen Wirtschaftswachstums ist die Armut in Deutschland keinesfalls gesunken. Zwar ist die Bruttowertschöpfung je Einwohner in den vergangenen Jahren enorm gestiegen, die Reallöhne jedoch sind auf das Niveau von 1997 zurückgefallen und die Armutsquote sogar auf 14 bis 15 Prozent gestiegen. Diesem „deutschen Paradox von Beschäftigungswunder und Armut“ könne nur durch eine Veränderung der Verteilungsverhältnisse begegnet werden.

Die Rolle der Medien

Wie die Verflechtung von Medien, Wirtschaft und Politik die Berichterstattung und Deutung des Wirtschaftsgeschehens beeinflusst und warum das „neoliberale Märchen“ sich medial so verbreiten konnte, war Thema eines Workshops mit der für die Themen

Wirtschafts- und Sozialpolitik zuständigen TAZ-Redakteurin Ulrike Herrmann, dem Publizisten und ehemaligen Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, Dr. Wolfgang Storz, sowie Christina Deckwirth von LobbyControl. Zwei wichtige Thesen waren: Die Medien nehmen keine eigenständigen Positionen ein, die im politischen Raum nicht vertreten werden (Storz).



Und: Das Gros der Journalisten zählt sich zur Mittelschicht und diese wiederum hält sich selbst für einen Teil der Elite (Herrmann).

*

Die Abschlusserklärung des Kongresses ist zu finden auf www.umverteilen-macht-gerechtigkeit.eu/download/.

Kongressbeiträge barrierefrei im Internet

Menschen mit Behinderung sind von sozialer Ungleichheit doppelt betroffen: zum einen, weil Behinderungen ein höheres Armutsrisiko zur Folge haben, zum anderen, weil Kürzungen im Sozialbereich sie besonders treffen. Um darauf hinzuweisen, hat die Aktion Mensch dieses Thema mit einem Workshop in den Kongress eingebracht. „Das Sozialgesetzbuch IX nimmt Menschen mit Behinderung nur als Leistungsempfänger und nicht als Leistungsträger wahr“, kritisierte Alexander West-

heide, der bei der Aktion Mensch für Strategieentwicklung zuständig ist. In Kooperation mit dem Paritätischen Gesamtverband macht die Aktion Mensch einen großen Teil der Kongressbeiträge für eine breite Öffentlichkeit zugänglich. Sie wurden gefilmt und mit Untertiteln für Menschen mit Hörbehinderungen sowie Audiodescription für Blinde versehen. Die Filme sind zu finden auf www.der-paritaetische.de und auf www.aktion-mensch.de.

„Ich bin HIER“ kommt gut an

Das im Rahmen der Bundesinitiative „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ entwickelte Förderprogramm des Paritätischen Gesamtverbands nimmt Fahrt auf: Mit Beginn der zweiten Jahreshälfte starten die ersten kulturpädagogischen Maßnahmen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert mit dem Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ fünf Jahre lang außerschulische kulturelle Bildungsmaßnahmen für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche. Umgesetzt wird das Förderprogramm von 35 bundesweiten Verbänden und Initiativen, zu denen auch der Paritätische Gesamtverband gehört.

Paritätisches Konzept

Der Paritätische hat ein Rahmenkonzept unter dem Titel „Förderung von außerschulischen Maßnahmen. Ich bin HIER“ entwickelt, das als Zielgruppe Kinder und Jugendliche im Alter zwischen zehn und 16 Jahren in strukturschwachen Gebieten oder sozial benachteiligten Stadtteilen hat. HIER steht dabei für Herkunft, Identität, Entwicklung und Respekt. Gefördert werden demnach Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche dabei unterstützen, ein positives Selbstbild zu entwickeln, sich neue Aus-

drucksformen zu erschließen, die ihrem Bildungserfolg zugute kommen, und sich an der Gestaltung ihres sozialen Umfelds zu beteiligen. Zentrale Schlüsselkompetenzen sind dabei Sprache und Kommunikation.

Breites Spektrum

Bei der Vorstellung des Förderprogramms in diversen Gremien und bei Infoveranstaltungen Paritätischer Landesverbände stieß Claudia Linsel, Referentin im dreiköpfigen Projektteam des Paritätischen, auf großes Interesse. Viele Mitgliedsorganisationen nutzten die Gelegenheit auch, um Ideen auszutauschen und Detailfragen zur Konzeption und Förderung zu stellen. Inzwischen sind bereits die ersten Förderanträge, die über ein zentrales Antragstool des Ministeriums gestellt werden müssen, bewilligt.

„Alle Maßnahmenformate, die wir anbieten, werden abgefragt“, so Claudia Linsel. Das sind zum einen Tagesveranstaltungen wie etwa Schnupperkur-

se im künstlerischen Gestalten – beispielsweise zum kreativen Umgang mit Recyclingmaterial. Zum anderen aber auch mehrtägige kulturpädagogische Reisen oder Maßnahmen, die sich über mehrere Monate erstrecken, wie etwa Jugendtheater-Aufführungen und Foto- oder Bildhauerkurse.

Gefördert werden darüber hinaus auch Angebote für Eltern, die als Bildungsbegleiter ihrer Kinder einbezogen werden sollen. Außerdem wird es Qualifizierungen für Ehrenamtliche geben, die sich in den Maßnahmen engagieren.

*

Neben dem Paritätischen Gesamtverband beteiligt sich auch das Paritätische Bildungswerk Bundesverband e.V. am Programm „Kultur macht stark“. Das Engagement im Rahmen von „JEP – Jugendliche engagieren sich“ konzentriert sich auf die Bereiche darstellende Künste und Musik (Theater, Tanz, Film, Musical). Nähere Infos gibt es auf der Homepage www.jep-kultur.de.



Informationen & Kontakt

Nähere Informationen über das Programm „Kultur macht stark“ und die Förderbedingungen gibt es auf der Projekt-Homepage des Paritätischen:

www.kms.paritaet.org
 Fachliche Fragen und Fragen zur Antragstellung beantwortet das Team im Projektbüro des Paritätischen Gesamtver-

bands zu folgenden Beratungszeiten: dienstags bis freitags von 9 bis 12 Uhr sowie dienstags und donnerstags zusätzlich von 14 bis 16 Uhr.

Kontakt:
 Projekt Bündnisse für Bildung – Kultur macht stark
 Tel.: 030/24636326
 Fax: 030/24636140
 E-Mail: kms@paritaet.org



Die Spitzen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege trafen sich zum Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Rechts hinter der Kanzlerin Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands.
Foto: Bundeskanzleramt

BAGFW im Dialog mit der Kanzlerin

Bei einem Spitzengespräch der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) mit Bundeskanzlerin Angela Merkel stand jüngst auch das Problem der wachsenden sozialen Ungleichheit in Deutschland auf der Tagesordnung. Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, kritisierte in diesem Zusammenhang, dass sozialen Trägern zur Bewältigung vielfältigster Problemlagen immer geringere Ressourcen zur Verfügung stünden und illustrierte dies am Beispiel der Unterstützung der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen und der Migrationsberatung. Hier machten sich auch Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen in finanzschwachen Kommunen deutlich bemerkbar. Die Mittelkürzungen im Zuge der Instrumentenreform führten zudem dazu, dass sich die Chancen langzeitarbeitsloser Menschen verschlechterten, wieder einen Weg auf den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Die Förderdauer sei zu kurz bemessen, die Instrumente zu kompliziert und die Vergabemodalitäten innovationsfeindlich, monierte

Rosenbrock. Zudem schüre die Vergabep Praxis eine vorwiegend am Preis orientierte und nicht an dem Erfolg einer Maßnahme ausgerichtete Konkurrenz unter den Trägern. Rolf Rosenbrock forderte, für Menschen, die aufgrund unterschiedlichster Vermittlungshemmnisse keine Chancen auf einen Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt hätten, müsse ein sozialer Arbeitsmarkt geschaffen werden. Die Kriterien der Zusätzlichkeit, des öffentlichen Interesses und der Wettbewerbsneutralität verhinderten viele sinnvolle Projekte für langzeitarbeitslose Menschen. Die örtlichen Beiräte der Jobcenter sollten mehr Spielräume für die Auswahl und Gestaltung der Eingliederungsinstrumente und -maßnahmen schaffen können, so der Vorsitzende des Paritätischen.

Kanzlerin greift Kritik auf

Angela Merkel räumte ein, dass es in Deutschland eine Aufspaltung des Arbeitsmarkts gebe in einen gut funktionierenden ersten Arbeitsmarkt, der im europäischen Vergleich eine sehr positive Entwicklung nehme, und einen ver-

bleibenden Bestand an Arbeitslosen, die nicht integriert würden. Sie sagte zu, diese Problematik mit Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen und dem Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, näher zu erörtern.

Thema Fachkräftemangel

Auch der Fachkräftemangel in Sozial- und Gesundheitsberufen war ein Thema des Gesprächs der BAGFW-Spitzen mit der Kanzlerin. BAGFW-Präsident Wolfgang Stadler (AWO) bedankte sich bei Angela Merkel für ihr wichtiges Zeichen in den Medien im Hinblick auf die unzureichende Vergütung vieler Tätigkeiten in diesen Bereichen. Den Arbeitgebern der Freien Wohlfahrtspflege seien bei der Entlohnung enge Grenzen gesteckt, da sie von den Refinanzierungsmöglichkeiten abhingen. Merkel betonte, es sei klar, dass in der Freien Wohlfahrtspflege die Tariflöhne mit den Pflegesätzen in Übereinstimmung stehen müssten. Hier müsse es in weiteren Schritten nach oben gehen. Im Krankenhausbereich hätten Personalkostensteigerungen durch entsprechende Zuwendungen aufgefangen werden können.

„Mehr Getriebener als Akteur“

Nachholbedarf in Menschenrechtsfragen

Bei einer Anhörung zum zehnten Menschenrechtsbericht der Bundesregierung hat der Paritätische unter anderem Defizite beim Zugang von Migrantinnen und Migranten zum Arbeitsmarkt sowie ungleiche Bildungschancen von sozial und materiell benachteiligten Menschen beklagt.

Vor dem Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sagte Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, als geladener Sachverständiger, auch beim effektiven Schutz von Frauen vor Gewalt und dem Schutz vor Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung gebe es noch deutlichen Nachholbedarf. In mehreren Fällen habe die Regierung in der Vergangenheit von Gerichten zu menschenrechtlichen Verbesserungen gezwun-

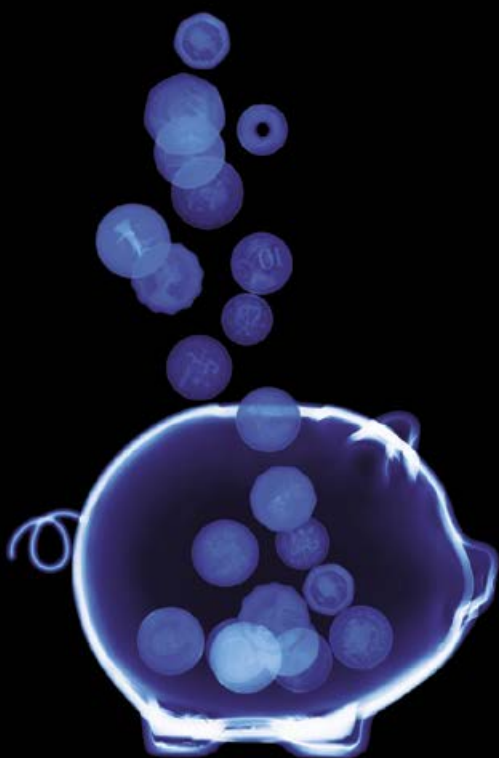
gen werden müssen – wie etwa jüngst mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das gleichgeschlechtlichen Paaren das Recht zur Sukzessivadoption von Kindern zugesprochen hat. Deutschland sei in Menschenrechtsfragen mitunter mehr Getriebener als Akteur, so Hesse. Auch der UN-Menschenrechtsrat stellte kürzlich fest, dass es in Deutschland insbesondere bei der Bekämpfung von Rassismus und bei der Integration von Migrantinnen und Migranten noch Verbesserungsbedarf gebe.

Migrantinnenorganisationen dringen auf Verbesserungen

Das Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen hat ein Positionspapier mit Forderungen zur Bundestagswahl formuliert. Interessierte finden es zum Download auf der Internetseite www.migration.paritaet.org.

Zu den Forderungen der Interessenvertretung der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen gehören unter anderem: Abschaffung der Optionspflicht, Ermöglichung der Mehrstaatigkeit, Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger, Abschaffung der Ehebestandszeit, Verbesserung des Schutzes von Migrantinnen vor Gewalt, Verbesserung der Aufnahmebedingungen für Asylbewerber und Geduldete. Nicht zuletzt fordert das Forum auch, die strukturelle Förderung von Migrantinnenorganisationen als wichtigen Akteuren der Integrationsarbeit auszubauen.

— Anzeige —



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Fundraising.
Das neue BFS-Net.Tool XXL für das Internet-Fundraising. Mehr brauchen Sie nicht.
Für BFS-Kunden kostenlos.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.
Die Bank für Wesentliches.

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg
Hannover · Karlsruhe · Köln · Leipzig · Magdeburg
Mainz · München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart



Bank
für Sozialwirtschaft



kurz gemeldet...

Kampf um Bett fürs Kind

Das Berliner Sozialgericht hat das Jobcenter Berlin verurteilt, einer ALG-II-Bezieherin monatlich 13 Euro als Mehrbedarf für Krankenkost zu gewähren. Die Frau hat eine Laktoseintolleranz und kann Nahrungsmittel mit Milchzucker nicht vertragen. Wegen kostenaufwendigerer Ernährung aus gesundheitlichen Gründen steht der Frau laut Gericht ein Mehrbedarf zu. (Az. S 37 AS 13126/12)

*

Der Paritätische Gesamtverband hat Bestrebungen begrüßt, die bis Ende Juni geltende Allgemeinverbindlicherklärung für den Mindestlohn in der Aus- und Weiterbildungsbranche bis 2015 zu verlängern. Dies sei ein wichtiger Beitrag, um die größten Auswirkungen eines Lohndumpings bei öffentlichen Ausschreibungen von Arbeitsmarktdienstleistungen einzudämmen, so der Verband. Dringend notwendig seien darüber hinaus aber auch neue Vergabebedingungen, die es den Trägern ermöglichen, ihrem Personal faire und leistungsgerechte Löhne zu bezahlen.

Als „Sieg der Alltagsvernunft“ hat der Paritätische die Entscheidung des Bundessozialgerichts begrüßt, das Mitte Mai einer Hartz-IV-Bezieherin aus Freiburg im Streit um die Bewilligung eines Jugendbetts für ihr Kind Recht gegeben hat.

Nach Auffassung des Bundessozialgerichts handelt es sich bei der erstmaligen Beschaffung eines Jugendbetts, nachdem das Kind dem Kinderbett entwachsen sei, um eine – dem Grunde nach angemessene – Erstausrüstung für die Wohnung. Das Bundessozialgericht habe damit die Kritik des Paritätischen an der überzogenen Pauschalierung in den geltenden Regelsätzen bestätigt, sagte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Verbands. Er forderte den Gesetzgeber auf, aus dem Urteil Konsequenzen zu ziehen und die generelle Möglichkeit einmaliger Leistungen für notwendige größere Anschaffungen für Hartz-IV-Bezieher wieder einzuführen. Darunter fielen dann zum Beispiel auch die Anschaffung großer Haushaltsgeräte („wei-

ße Ware“), das Kinderfahrrad oder besondere Kosten im Zusammenhang mit der Einschulung.

Das Urteil, so Schneider, „ist ein Beleg für das Scheitern des Pauschalierungswahns in Hartz IV. Der Gesetzgeber hat versucht, alle Eventualitäten des Lebens in eine Regelsatzpauschale zu zwingen, die zudem noch viel zu knapp bemessen ist. Herausgekommen sind statistische Absurditäten wie 1,11 Euro für einen Kühlschrank oder rund zwei Euro im Monat für ein Kinderfahrrad, die Hartz-IV-Bezieher zugestanden werden.“ Es sei eine Schande für den Sozialstaat, dass die Mutter sich bis zum obersten Gericht habe durchklagen müssen, um für ihr Kind, das nicht mehr ins Gitterbett passe, vom Jobcenter ein größeres Bett finanziert zu bekommen, sagte Schneider.

Große Mehrheit für mehr Soziales

Repräsentative Umfrage zeigt: Der überwiegende Teil der Bevölkerung ist für einen Richtungswechsel in der deutschen Steuer- und Ausgabenpolitik.

Eine geradezu überwältigende Zustimmung zu höheren Ausgaben für Bildung und Soziales und einer stärkeren Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen belegt eine Studie des Paritätischen Gesamtverbands auf Basis einer repräsentativen Erhebung von TNS Infratest Politikforschung. Der Verband appelliert an alle Parteien, diesem klaren Mehrheitsvotum in der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Bei der repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Infratest am 6. und 7. Mai 2013 unter 1.000 Wahlberechtigten sprachen sich mehr als die Hälfte (57 Prozent) der Befragten für mehr Investitionen in den Sozialbereich und sogar über drei Viertel für mehr Investitionen in Bildung aus. „Es ist hocherfreulich, dass diese Ansicht mehrheitlich in allen Bevölkerungsschichten und über alle Parteigrenzen hinweg geteilt wird“, sagte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, bei der Präsentation der Umfrageergebnisse Mitte Mai in Berlin.

Nur 20 Prozent gegen höhere Steuern für Vermögende

Ein ebenso klares Bild zeigt die Umfrage in Sachen Steuerpolitik: Mehr als drei Viertel der Bundesbürger (76 Prozent) vertreten mittlerweile die Auffassung, dass Personen mit sehr hohem Einkommen und sehr großen Vermögen höhere Steuern zahlen sollten als bisher, damit mehr finanzielle Mittel für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehen. Nur 20 Prozent sind dagegen. Auch bei den Unions-Anhängern beträgt die Zustimmungsrate überwältigende 66 Prozent. „Angesichts der Tatsache, dass Bundeskanzlerin Merkel noch vor kurzem Steuererhöhungen ausgeschlossen hat, hat uns dieses Ergebnis schon erstaunt“, sagte Ulrich Schneider. „Frau Merkel ist mit Blick auf den Bundestagswahlkampf gut beraten, ihre Meinung zu überdenken.“

Während aus Sicht des Verbands beim Thema Bildung vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussionen und auch der politischen Statements aus allen Parteien eine hohe Zustimmung zu höheren Ausgaben durchaus erwartbar war, überraschte das ebenfalls klare Votum für den Sozialbereich. Schneider: „Das Ergebnis deutet darauf hin, dass die regelmäßig vorgebrachten Missbrauchs- und Fehlverwendungsvorwürfe und die Argumentation, die Mittel müssten nur ‚zielgenauer‘ eingesetzt werden, bei der breiten Mehrheit der Bevölkerung offensichtlich nicht verfangen.“

Die Zahl der FDP-Wähler unter den Befragten war zu klein, um sie statistisch valide auszuweisen zu können.

Sie fallen in die Rubrik „Sonstige“, in der sich aber auch eine Mehrheit für höhere Investitionen aussprach.

Das Ergebnis der Studie spiegelt auch eine tiefe Verunsicherung in der Bevölkerung durch die Kluft zwischen Arm und Reich wider. 73 Prozent der Befragten sehen angesichts dessen den sozialen Frieden in Deutschland gefährdet. Während nach parteipolitischer Präferenz die Anhänger von SPD und Grünen mit 76 und 71 Prozent etwa im Durchschnitt der Bevölkerung liegen, sind es bei den Anhängern der Linken sogar 90 Prozent und bei denen der Union immerhin noch 64 Prozent.

„Keiner kann sich dem Thema Umverteilen verschließen“

Konfrontiert mit der Tatsache, dass laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung die reichsten zehn Prozent der Privathaushalte über 53 Prozent des gesamten Vermögens in Deutschland auf sich vereinen, während die ärmere Hälfte der Haushalte lediglich über ein Prozent des Vermögens verfügt, sagten 78 Prozent der Befragten, sie fänden die Vermögensverteilung ungerecht. Auch bei den Unionsanhängern waren es immerhin 72 Prozent. „Angesichts solcher Zahlen kann sich keiner in der Politik im eigenen Interesse in diesem Wahljahr dem Thema Umverteilen verschließen“, resümierte Ulrich Schneider.

Interessierte finden die gesamte Studie auf www.der-paritaetische.de.



Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit

Für die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts hat sich der Paritätische Gesamtverband bei einer Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales stark gemacht.

Der als Experte geladene Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa, Dr. Joachim Rock, sprach sich dafür aus, einen öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen, der auch jenen Menschen die Chance auf eine Erwerbstätigkeit eröffne, die aufgrund unterschiedlichster Vermittlungshemmnisse auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Chance haben und auch vom wachsenden Fachkräftemangel nicht profitieren. Arbeitslosigkeit dürfe nicht allein auf die materielle Dimension reduziert werden – Arbeit sei auch der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Der Paritätische begrüßte die von den Bundestagsfraktionen von SPD, Linken und Bündnis 90/Die Grünen präsentierten Ansätze zur Lösung des Problems der verfestigten hohen Langzeitarbeitslosigkeit. Der Verband kritisierte zugleich die drastischen Kürzungen bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten und monierte, dass sich die Förderung der Jobcenter im Wesentlichen nur noch auf Arbeitslose konzentriere, die

schnell wieder in Arbeit integriert werden könnten. Rund zwei Drittel der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten seien aber Langzeit-Leistungsbezieher und ohne spezielle Förderung und Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt chancenlos. Wer die Langzeitarbeitslosigkeit wirklich bekämpfen wolle, dürfe der Arbeitsmarktförderung nicht länger die notwendigen finanziellen Mittel entziehen, heißt es in der von Rock und Fachreferentin Tina Hofmann erarbeiteten Stellungnahme des Paritätischen. Der Verband fordert, für die aktive Arbeitsmarktpolitik der Jobcenter wieder mehr Eingliederungsmittel bereitzustellen. Zudem unterstützt er mit den Partnerverbänden der Bundarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege das Anliegen, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsangebote auf einem sozialen Arbeitsmarkt für ansonsten dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgegrenzte Personen zu fördern. Unter dem Titel „Menschen teilhaben lassen – neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose“ hat er dazu ein konkretes Konzept erarbeitet.

Denkzettel zur Frühförderung

„Ideen erhalten – Erfahrungen nutzen – Reformen starten“. Unter diesem Motto hat der Paritätische Gesamtverband einen Denkzettel verfasst, in dem die „Weiterentwicklung der Komplexleistung interdisziplinäre Frühförderung“ gefordert wird. Die interdisziplinäre Frühförderung ist ein elementares Hilfsangebot für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder und ihre Angehörigen. Zur Früherkennung und -förderung gehören neben heilpädagogischen, medizinisch-therapeutischen und psychologischen Leistungen auch die Beratung und Unterstützung der Eltern. Die interdisziplinäre Frühförderung wird gemäß Paragraf 30 des Sozialgesetzbuchs IX als Komplexleistung erbracht. Damit soll Eltern die Möglichkeit gegeben werden, die für ihr Kind notwendigen Leistungen „aus einer Hand“ zu erhalten. In der Praxis zeigen sich jedoch aufgrund fehlender verbindlicher Definitionen und Vorgaben zu Leistungen, Finanzierung und Zuständigkeiten erhebliche strukturelle Mängel bei der Umsetzung der Komplexleistung. Der Verband und seine Mitgliedsorganisationen fordern die Politik auf, die seit zwölf Jahren bestehenden Defizite endlich zu beheben.

Wie müsste eine Politik aussehen, die eine sozial gerechte Gesellschaft zum Ziel hat, die Zukunft nachfolgender Generationen nicht verspielt und die Umwelt nicht ruiniert? Welche Vorhaben sind dem Gros der Bevölkerung wichtig und dienen nicht nur den Partikularinteressen wirtschaftlicher Eliten? Der Journalist und Philosoph Peter Zudeick hat als Herausgeber des Buchs „Das alles und noch viel mehr würden wir machen, wenn wir Kanzler von Deutschland wär'n“ Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen nach ihrer Meinung gefragt. Herausgekomm-

... wenn wir Kanzler von Deutschland wär'n

men ist ein interessanter Reader, der sich Themen wie Armutsbekämpfung, Lohnpolitik und der Föderalismusreform ebenso widmet wie dem Verbraucher- und Naturschutz. Gewissermaßen ein Bürgerprogramm für die anstehenden Bundestagswahlen. Zu den Autoren gehören unter anderem Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, mit einem Beitrag, in dem es um Mindestlöhne, Mindestrenten und ein Mindestarbeitslosengeld als Sofortmaßnahmen

im Kampf gegen die wachsende Einkommensarmut, gegen die Spaltung dieser Gesellschaft und gegen den Niedergang unserer sozialen Sicherungssysteme geht. Weitere Autoren sind unter anderem Christoph Butterwegge, Tom Schimmeck, Bettina Gaus, Stefan Reinecke, Ulrike Herrmann, Ines Pohl und, Sven Plöger.

Westend Verlag, 192 Seiten, 14.99 Euro



20 Jahre Tafeln in Deutschland:

Armutzeugnis für die Politik

Vor 20 Jahren, im Februar 1993, nahm die Berliner Tafel als erste Tafel in Deutschland die Arbeit auf. Inzwischen bauen hierzulande 910 solcher Einrichtungen unter dem Dach des Bundesverbands Deutsche Tafel e. V. mit der Vergabe von gespendeten Lebensmitteln eine Brücke zwischen Überfluss und Mangel in der Gesellschaft. Doch zum Jubiläum erklingen auch kritische Töne.

Mit ihrer Arbeit haben die Tafeln in den vergangenen zwei Jahrzehnten zwei Probleme ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt: Armut und Lebensmittelverschwendung in Deutschland. Beide wurden lange Zeit kaum ernsthaft wahrgenommen. Beide bestehen fort und verlangen dringend nach politischen und gesellschaftlichen Lösungen“, sagte Gerd Häuser, der scheidende Vorsitzende des Bundesverbands Deutsche Tafel e. V., anlässlich des Jubiläums. Es sei beschämend für ein so wohlhabendes Land, dass zwar ein Armutsbericht nach dem anderen erscheine, sich die Verhältnisse für die Betroffenen aber nicht verbesserten. Etwa 1,5 Millionen Menschen nehmen nach Angabe der Tafeln derzeit deren Hilfe in Anspruch. Die Lebensmittel ergänzen ihren Speiseplan und entlasten ihr schmales Budget zugunsten anderer dringender Anschaffungen oder kultureller Aktivitäten.

„Ursachen der Armut bekämpfen“

„Die Hilfe der Tafeln oder gemeinnütziger Organisationen überhaupt ist aber kein Ersatz für sozialstaatliche Leistungen. Bürgerschaftliches Engagement entbindet den Staat nicht von der Fürsorgepflicht für seine Bewohner. Daseinsvorsorge ist Aufgabe des Staates und muss es bleiben!“, betonte Häuser, der nach sechs Jahren als ehrenamtlicher Vorsitzender des Tafel-Bundesverbands Anfang Juni aus dem Amt schied. Es gelte dringend, die Ursachen von Armut zu bekämpfen. Notwendig seien unter anderem eine bessere Bildungspolitik, die Abkehr von Niedriglöhnen und eine so-

zial gerechte Steuerpolitik. „Wir brauchen eine nationale Strategie zur Vermeidung von Armut“, so Häuser. Solange sich die politischen Verhältnisse und Sozialgesetze aber nicht änderten, benötigten von Armut betroffene Menschen unmittelbare Unterstützung. Gerade durch die Arbeit der Tafeln werde jedoch der Handlungsdruck von der Politik genommen, monieren Kritiker wie der Soziologe und Mitbegründer des „Kritischen Aktionsbündnisses 20 Jahre Tafeln“, Professor Stefan Selke. Mit ihrer beschämenden Almosen-Vergabe, so Kritiker, stellten die Tafeln die Menschen ruhig und böten Industrie und Handel zudem noch die Möglichkeit, unter dem Deckmantel der Mildtätigkeit die Entsorgungskosten für zuviel produzierte Lebensmittel zu senken.

Wege aus der Isolation

Es stimme zwar, dass Unternehmen Entsorgungskosten sparten, andererseits hätten sie durch die Arbeit der Tafeln aber auch registriert, wie viel Überschuss sie bislang produzieren und kalkulierten inzwischen zum Teil deutlich besser, so der Bundesverband der Tafeln. Und wenn weniger weggeworfen werde, sei das ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft, sowohl ökologisch als auch ökonomisch. Zudem ermöglichten die Tafeln sozial und materiell benachteiligten Menschen, ihre Isolation zu durchbrechen. Viele Tafeln hätten soziale Projekte – auch speziell für Kinder und alte Menschen – entwickelt und böten von Armut betroffenen Menschen die Möglichkeit, sich in der Tafelarbeit zu engagieren.

Der Kommentar

Die Tafeln in Deutschland leisten mit einem beispielhaften Engagement und meist ehrenamtlich eine Arbeit, ohne die es sehr



Dr. Ulrich Schneider,
Hauptgeschäftsführer
des Paritätischen
Gesamtverbands

vielen Armen hierzulande noch schlechter ginge. Ja, die Tafeln vergeben Almosen. Das ist und bleibt – im wahrsten Sinne des Wortes – immer beschämend. Jeder, der soziale Arbeit betreibt und soziale Hilfen für Hilfebedürftige organisiert, auch wenn sie „nur“ Opfer einer falschen Politik sind, muss mit dieser Dialektik leben. Nicht nur die Tafeln. Sie sind damit aber immer auch der Stachel im Fleisch einer Sozialpolitik und einer Mindestsicherungspolitik, die Menschen ganz bewusst in Einkommensarmut belässt.

Hätten sich in den letzten 20 Jahren alle, die jetzt die Tafeln kritisieren, mit dem gleichen Elan und Engagement, mit dem die Tafeln ihre Arbeit aufgebaut haben, entschlossen und eindeutig gegen eine Politik des sozialstaatlichen Rückzugs und der Privatisierung sozialer Risiken zur Wehr gesetzt und sich für eine konsequente Armutsbekämpfung sowie eine Politik der solidarischen UmFairteilung engagiert, gäbe es heute vielleicht gar keine Tafeln. Die Kritik muss sich daher ganz klar und ohne Ablenkung gegen den zu niedrigen Hartz-IV-Regelsatz richten, den beispiellosen Kahlschlag bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik und eine Steuerpolitik, die sich im letzten Jahrzehnt mehr und mehr von einer solidarischen Finanzierung unseres Sozialstaats verabschiedet hat. Geht es um die politische Auseinandersetzung über Armut in Deutschland, bleiben für mich politisch nach wie vor Frau von der Leyen und Herr Schäuble und andere politische Entscheidungsträger Ansprechpartner Nummer 1 und nicht die Ehrenamtler der Tafeln.

Projektbericht über „Ich will mich“

Das dreijährige Modellprojekt „Ich will mich“ im Regenbogenhaus Magdeburg hatte das Ziel, Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung ein gesünderes und vor allem selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Gerhard Acker-

mann, Leiter des Regenbogenhauses und „Vater“ der „Ich will mich“-Idee, hatte über Jahre beobachtet, dass bestimmte Medikamente, vor allem Psychopharmaka, viele Bewohner apathisch machten und ihre Artikulationsfähigkeit beeinträchtigten. Im Projekt wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, die Medikamente unter ärztlicher und wissenschaftlicher Begleitung abzusetzen oder zu reduzieren. Unterstützend gab es Therapieangebote in Sport, Kunst, Musik und Theater. Die Erfahrungen und Ergebnisse des 2012 beendeten Projekts sind nun in einer Broschüre als „Reisebericht“ zusammengefasst. Sie kann bestellt werden per E-Mail an gackermann@paritaet-lsa.de.

Seniorenwettbewerb: Die schönen Seiten des Internets entdecken

„Wir zeigen es Euch – Die schönen Seiten des Internets älteren Menschen zugänglich machen“ – das ist Ziel eines Wettbewerbs, den die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) gemeinsam mit „Deutschland sicher im Netz e.V.“, der Stiftung Digitale Chancen und Google gestartet hat. Mitmachen können alle Menschen über einem Alter von 60 Jahren, die anderen Senioren gerne aufzeigen, welche Chancen das Internet für sie bietet. Bis zum 15. September 2013 können Film-, Audio-, Bild, Web- oder Textbeiträge eingereicht werden. Weitere Informationen: www.bagso.de.

Anzeige



VBLU
Versorgungsverband
bundes- und landesgeförderter
Unternehmen e. V.

Zukunft gestalten durch
betriebliche Altersversorgung
mit abschlusskostenfreien Tarifen



Direktversicherung VBLU

Die sinnvolle Ergänzung zur gesetzlichen Rente heißt VBLU. Ihre Zusatzversorgung ohne Gesundheitscheck, Gebühren & Provisionen.



Entgeltumwandlung im VBLU

Mehr Vorsorgen und dabei Steuern sparen. Nutzen Sie die Möglichkeiten der betrieblichen Altersversorgung.



VBLU RiesterRente

Nutzen Sie für Ihre Altersversorgung eine der höchsten staatlichen Fördermöglichkeiten mit einer Quote von bis zu 90 %.



Unterstützungskasse VBLU

Arbeitgeberbeiträge steuer- & sozialversicherungsfrei einzahlen. Bei der Erweiterung Ihrer Zusatzversorgung hilft der Arbeitgeber.

www.vblu.de



ausgezeichnet – ausgezeichnet – ausgezeichnet

Das Projekt „Soziale Jungs Multikulti“ des Paritätischen Bildungswerks Bundesverband e.V. ist als herausragende „Bildungsidee“ im Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“ ausgezeichnet worden. Im Rahmen des Projekts verbringen Jungen im Alter zwischen 14 und 16 Jahren nach der Schule wöchentlich drei bis vier Stunden in sozialen Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Seniorenheimen und Krankenhäusern. „Soziale Jungs Multikulti“ fördert nicht nur das soziale Engagement von Schülern, sondern trägt auch zur Erweiterung der beruflichen Perspektiven bei.

Etwa 70 Prozent der „Sozialen Jungs“ hätten einen Migrationshintergrund und erhielten durch ihre Arbeit mit Kindern, Menschen mit Behinderung oder älteren Menschen viel Anerkennung und Bestätigung, sagte Josef Schädle, Vorsitzender des Paritätischen Bildungswerks Bundesverband, bei der Preisverleihung. Die entstehenden Bindungen und die vielfältigen Erfahrungen, welche die Jungs sammeln, seien ein wichtiger Beitrag zur Integration in die Gesellschaft.

www.sozialejungs.de

Für seine beispielhafte Lobby- und Unterstützungsarbeit für Kinder hat der Deutsche Kinderschutzbund den Regine-Hildebrandt-Preis 2013 der Stiftung Solidarität erhalten. Weitere Preisträgerin ist die frühere Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann. www.stiftung-solidaritaet.de

*

Beim Kongress Armut und Gesundheit wurde der Carola-Gold-Preis für herausragendes Engagement für gesundheitliche Chancengleichheit und Qualitätsentwicklung in der kommunalen Gesundheitsförderung verliehen. Die Preisträger sind Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbunds, und Eva Göttlein, Leiterin der Projektagentur Göttlein in Fürth.

www.armut-und-gesundheit.de

*

Die Theodor Springmann Stiftung Berlin hat Dr. Karla Krause den Hörfunkpreis für das Feature „Sternenkind – Das kurze Leben der Lilli Lion“ verliehen. Das Thema der Ausschreibung lautete: „Am Ende bleibt noch Zeit zum Leben“.

www.patiententelefon.de



Der bundesweit erste Workshop „Skaten mit Rollstuhl“ fand im Mai im Skatepark Rissen statt. Der Deutsche Rollstuhlsport-Verband e.V. (DRS) und der Hamburger UTE e.V. stellten das in Deutschland noch weitgehend unbekanntes ChairSkating vor. 30 Rollstuhlnutzer lernten ihre ersten Tricks auf Rampen und Hindernissen. David Lebuser, Deutschlands Chair-Skating-Pionier und Leiter der neu gegründeten DRS-AG „Action-sport“, war sieben Stunden lang nonstop im Einsatz, um seine Leidenschaft mit interessierten Anfängern zu teilen. Nähere Infos gibt es per E-Mail an actionsport@rollstuhlsport.de.

Junge Menschen auf dem Weg ins Berufsleben

Wie und unter welchen Rahmenbedingungen kann jungen Menschen, deren Integration ins Erwerbsleben gefährdet ist, der Anschluss ans Berufsleben ermöglicht werden? Beispiele für gelungene Kooperationen zwischen Jobcenter/Arbeitsagentur und Jugendhilfe sammelt der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit, in dem der Paritätische Gesamtverband aktiv mitwirkt. Um diese Aktivitäten einem breiteren Publikum bekannt zu machen, hat der Kooperationsverbund eine Video-clip-Reihe „Gute Beispiele für gelungene Kooperation zwischen Jugendhilfe und Arbeitsförderung“ initiiert.

Jüngstes Beispiel, das auf der Website www.jugendsozialarbeit-paritaet.de vorgestellt wird, ist die Koordinierungsstelle SCHLAU der Stadt Nürnberg. Sie unterstützt junge Menschen aus Mittelschulen (früher: Hauptschulen) und Jugendliche in der Berufsvorbereitung an beruflichen Schulen auf ihrem Weg zu einer Ausbildung. Das Projekt zeichnet sich besonders durch intensive und bedarfsgerecht anpassbare Einzelcoachings aus.

Ratgeber: Hausmittel aus aller Welt

Hibiskustee oder Wassermelone gegen Fieber? Rosenwasser bei Bauchweh? Quark und Kohl gegen Gelenkprobleme? Noch nie gehört? Die Tipps entstammen dem Ratgeber „Hausmittel aus aller Welt – Frauen berichten“. Zusammengetragen haben die Naturheilkunde für zu Hause Teilnehmerinnen mehrerer Gesundheitsworkshops der Berliner Werkstatt Ethnologie e.V. und der Stadtteilmütter Neukölln. Edith Weber, Lehrerin, Ethnologin und Religionswissenschaftlerin, und die Heilpraktikerin und Fachjournalistin Annette Kerckhof haben daraus ein Buch gemacht. Die Gesundheitstipps der Frauen aus der Türkei, Thailand, Aus-



tralien und vielen anderen Ländern wurden laut Verlag anhand der wissenschaftlichen Studienlage geprüft. Hinzu kommen ärztliche Kommentare, geschichtliche Hin-

tergrundinformationen und Bezugsquellen der beschriebenen Mittel. Das 181 Seiten starke Ringbuch kostet acht Euro. Herausgeber ist Natur und Medizin e.V., Fördergemeinschaft der Karl und Veronica Carstens-Stiftung, Tel.: 0201/5630570, www.naturundmedizin.de/shop.

Anzeige

SENIORENGERECHTES Reiseziel Naturpark Spessart / Franken
Hallenbad 30⁰-Lift- Sauna-Kegelbahn-Livemusik-Panoramalage-85 Betten



Staatl. anerk. Erholungsort. 90 km Wanderw., Zi. Du/WC/TV/Fön, **Lift**, HP 39.—€, EZZ 8 €, ink. Kurtaxe, Freipl., Livemusik, Reisel., Grillbüffet u. m. Beste Ausflugs-möglichkeiten. **Tel. 09355-7443, Fax 7300. Barrierefrei!**

Landhotel Spessarttruh, Wiesenerstr.129, 97833 Frammersbach, www.spessarttruh.de

Kurzfilm-Tipps:

Besondere Perspektiven

Eine erfolgreiche Methode, langzeitarbeitslose Menschen wieder ins Berufsleben zu bringen, ist das Selbstvermittlungcoaching (SVC). Es unterstützt Jobsuchende dabei, eine Arbeit zu finden, die ihren persönlichen Interessen und Fähigkeiten entspricht und die sie wirklich gerne dauerhaft ausüben. Im Film „SVC – neue Wege ins Arbeitsleben“ berichten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Modellprojekts des Paritätischen Landesverbands NRW über ihre positiven Erfahrungen mit dem SVC und das Besondere dieser Methode: die gezielte Ausrichtung an den Potenzialen und individuellen Interessen der Teilnehmenden, die ermutigt werden, ihre persönlichen Wunschvorstellungen ernst zu nehmen, Stolpersteine zu entlarven und ihre Vermittlung selbst aktiv zu gestalten. Ein Film, der Mut macht! Zu sehen ist der 14 Minuten lange Streifen auf der Homepage des Paritätischen NRW

(www.paritaet-nrw.org) in der Rubrik Aktuelles/SVC. Auf der Internetseite des Projekts www.selbstvermittlung.org finden Interessierte auch einen Leitfaden für Jobsuchende zum Download.

Herausforderung: Jung sein mit Rheuma

Wie geht es Jugendlichen, die mit einer rheumatischen Erkrankung leben müssen? Wie gelingt es ihnen, trotz so mancher krankheitsbedingter Einschränkungen Freundschaften zu pflegen und das zu tun, was für junge Menschen nunmal wichtig ist? Im Film „Herausforderungen“ geben Betroffene darauf eine Antwort – als Darstellerinnen und Darsteller, aber auch als Regisseurinnen und Kameraleute. Der zehnminütige Film entstand im Rahmen des Seminars „Extratouren“ der Deutschen Rheuma-Liga NRW und zeigt die Jugendlichen bei einem Kletterworkshop. Zu sehen ist er im Internet auf www.rheuma-liga-nrw.de in der Rubrik Jung sein mit Rheuma.

Erfahrungsaustausch und Infos zum Thema Tinnitus

Informationen zu Tinnitus und Morbus Menière, zu Therapien und Therapeuten sowie zu örtlichen Selbsthilfegruppen finden Interessierte auf der Internetseite www.tisag.de. Betrieben wird sie von der Tinnitus-Selbsthilfe-Arbeitsgemeinschaft (TiSAG), die damit vor allem auch Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch erweitern will.

Rund um Essstörungen

Das Frankfurter Zentrum für Ess-Störungen bietet ein breites Angebot zur Prävention, Beratung und Behandlung von Essstörungen. Auf der Internetpräsenz www.essstoerungen-frankfurt.de finden Interessierte viele Informationen rund um Magersucht, Ess-Brech-Sucht, Heißhungerattacken und Fettleibigkeit. Zudem werden Beratungsangebote, Präventionskonzepte und Fortbildungen für Beschäftigte aus Beratungsstellen, Schulen, Kindertagesstätten und ähnlichen Einrichtungen vorgestellt.

Im preisgekrönten Film „Halt auf freier Strecke“ von Andreas Dresen hat Petra Anwar sich selbst gespielt: eine Ärztin, die schwerstkranke Menschen in ihrer letzten Lebensphase zu Hause betreut. So wurde der Verlag Piper auf die Berlinerin aufmerksam und konnte sie dafür gewinnen, ein Buch über ihre Erfahrungen mit Sterbenden und deren Angehörigen zu schreiben. Über deren Nöte, aber auch über die Hilfe und Unterstützung, die sie als Palliativmedizinerin geben kann. Gemeinsam mit dem Schriftsteller John von Düffel hat die engagierte Ärztin und Mutter dreier Söhne ihre zwölf Geschichten vom Sterben zusammengetragen. Es sind traurige Geschichten. Doch zugleich vermitteln sie Trost und Hoffnung: Es gibt immer mehr palliative und ambulante Hospizdienste und Menschen wie Petra Anwar, die es Sterbenden ermöglichen, die letzten Tage, Wochen oder Monate ihres Lebens zu Hause in einer vertrauten

Geschichten vom Sterben

Umgebung zu verbringen – geborgen im Kreis ihrer Familien und Freunde. Oder auch alleine. Aber ohne Furcht vor unerträglichen Schmerzen und ohne Angst, in einem durchrationalisierten Krankenhausalltag mehr oder minder sang- und klanglos unterzugehen. Denn nur selten, so Anwars Erfahrungen, sind Krankheitsverläufe so dramatisch, dass die Einweisung in ein Krankenhaus unausweichlich ist.

Sterben als Lebensthema

Obwohl wir alle wissen, dass es früher oder später jeden von uns trifft, so Petra Anwar, klammern viele Menschen das Sterben aus ihrem Leben aus. „Um aber unser Sterben so zu gestalten, wie es uns entspricht, müssen wir

darüber reden. Wir müssen lernen, das Sterben zu einem unserer Lebens-themen zu machen.“ Dazu leistet ihr Buch einen hilfreichen Beitrag. Es erzählt von Herrn Helling, der im Rollstuhl ans Meer reist, um ein letztes Mal die Leuchttürme zu sehen, von Maïke, in deren Bauch ein riesiger Tumor wächst, die aber dank guter Betreuung noch ein ganzes Jahr mit ihren Töchtern gewinnt, und von Herrn Bozkurt, der zum Sterben in die türkische Heimat zurückkehrt. Dabei lenkt Petra Anwar stets auch den Blick auf die Angehörigen, denen die Begleitung eines sterbenden Menschen viel Kraft abverlangt, die ihnen jedoch auch etwas gebe, das die meisten nicht mehr missen wollten.

Petra Anwar mit John von Düffel, Geschichten vom Sterben, 238 Seiten, Piper, 19,99 Euro. UB



Als meine Mutter ihre Küche nicht mehr fand

Es ist der 19. Oktober 2009: „Sie stand mitten im Zimmer und vor ihr und vor uns allen öffnete sich ein Abgrund“, schreibt Jörn Klare. Was ist geschehen? Seine Mutter kann auf einmal ihre Küche nicht mehr finden. Damit wird offensichtlich, was sich zuvor schon durch verlegte Schlüssel, vergessene PIN-Nummern und verpasste Termine angedeutet hat, sich aber immer noch abtun ließ als normale Vergesslichkeit. Die Mutter des Autors ist an einer Demenz erkrankt.

Ein Weg, der viele Fragen aufwirft

Die Krankheit zwingt nicht nur die 72-Jährige, sondern auch ihre Familie auf einen Weg, der viele Fragen aufwirft. Und vor allem eine: Was ist das Leben noch wert, wenn das große Vergessen zuschlägt? „In einer Gesellschaft, die bekanntermaßen der Jugend, Vitalität und Produktivität huldigt, muss eine Existenz mit Demenz zwangsläufig als ein ‚Restleben‘ mit fragwürdigem ‚Restwert‘ erscheinen“, schreibt Klare. Ist das wahr?

Der Journalist, der sich zuvor unter anderem mit Menschen- und Organhandel beschäftigt und ein Buch mit dem Titel „Was bin ich wert?“ geschrieben hat, geht auch das Thema Demenz professionell an: Er recherchiert, führt In-

terviews – mit Psychiatern und Psychologen, Gerontologen, Ärzten, Juristen, Philosophen und Pflegekräften –, reist zu Kongressen, trägt Fakten und Meinungen zusammen. Zugleich ist er immer aber auch der Sohn, der sich



seiner Mutter aufs Engste verbunden fühlt, sich Vorwürfe macht, dass er als berufstätiger Vater zu wenig Zeit für sie hat. Und der sich bei seinen Besuchen im Altersheim ängstlich vortastet: „Immer wieder stelle ich ihr Fragen, will mich vergewissern, an welchem Punkt des Vergessens sie steht, was sie noch weiß, was noch übrig ist.“ Klare fürchtet dass mit ihrem Vergessen auch er selbst mehr und mehr verschwindet. Und so wird die Beschäftigung mit dem

Thema Demenz zu einer wichtigen Auseinandersetzung mit der Frage, welche Bedeutung das Gedächtnis und die Erinnerungen für die Identität des Menschen haben. Ob Erlebnisse nur dann etwas wert sind, wenn wir uns daran erinnern. Und ob wir mit dem Vergessen uns selbst verlieren.

Was das Buch zu einer besonders empfehlenswerten Lektüre macht, ist nicht nur der ungewöhnliche dramaturgische Aufbau: Jörn Klare zeichnet einerseits ein anrührendes Porträt seiner Mutter, das ergänzt wird durch ihre eigenen Erzählungen aus der Vergangenheit, die er vor Jahren auf Band aufgenommen und nun verschriftlicht hat. Es ist auch die Vielfalt der unterschiedlichen Sichtweisen und Einschätzungen der vom Autor befragten Experten und Expertinnen: sowohl zu den Auswirkungen demenzieller Erkrankungen für Betroffene und Angehörige als auch zu Fragen der Menschenwürde und zu den Herausforderungen für die gesamte Gesellschaft. Denn diese entscheidet letztlich darüber, wie würdevoll Menschen mit Demenz in unserer Mitte leben können.

Jörn Klare: „Als meine Mutter ihre Küche nicht mehr fand – Vom Wert des Lebens mit Demenz“, Suhrkamp Verlag, 250 Seiten; 17,95 Euro. Ulrike Bauer

Impressum

DER PARITÄTISCHE

Magazin des PARITÄTISCHEN
ISSN-1866-1718

Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110
Internet: www.der-paritaetische.de
E-Mail: nachrichten@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424
Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311

Verantwortlich für die Landesseiten:

Brandenburg: Andreas Kaczynski,
Tel.: 0331/28497-0
Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0
Hessen: Günter Woltering, Tel.: 069/95526220

Mecklenburg-Vorpommern:
Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0
Sachsen: Beate Hennig, Tel.: 0351/4916612
Thüringen: Stefan Werner, Tel.: 036202/26-231

Titelbilder: Gerlinde Geffers, Bernd Schüler,
GSP | Werner Krüper, M. Adamcyk | Fotolia

Für Aufsätze und Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion. Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen. **Erscheinungsweise:** 6 x pro Jahr

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, Anzeigenverwaltung und Vertrieb:
Der Paritätische – Gesamtverband,
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Bankverbindung:

Bank für Sozialwirtschaft, Mainz,
Kto-Nr. 70 39 500 (BLZ 550 205 00)

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
Schwanheimer Straße 110,
60528 Frankfurt am Main

ClimatePartner[®]
klimaneutral

Druck | ID: 10047-1305-1002



kurz gemeldet...

„Die Zukunft gemeinsam gestalten – Perspektiven für Menschen mit Multiple Sklerose“. Unter diesem Motto veranstaltet die Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft die MS World Conference vom 4. bis 6. Oktober 2013 in Berlin. Weitere Infos: www.dmsg.de.

*

„Beratung M(m)acht Gesellschaft“ – unter diesem Titel steht am 30. und 31. August 2013 an der Fachhochschule in Frankfurt am Main der Kongress der Deutschen Gesellschaft für Beratung (DGfB e.V.). Nähere Informationen gibt es auf www.beratung-macht-gesellschaft.de.

*

Das **Dortmunder Institut** für Sexualpädagogik (isp) feiert sein 25-jähriges Bestehen am 27. und 28. September 2013 in Frankfurt am Main mit einer Fachtagung unter dem Titel „Neugierig“. Auf der Homepage www.neugierig.isp-dortmund.de finden Interessierte das Programm und aktuelle Beiträge zu sexualitätsbezogenen Themen.

*

Möglichkeiten der Kooperation von Familienbildung und Schule stehen vom 16. bis 18. September 2013 im Mittelpunkt eines Seminars des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Details finden Interessierte auf www.deutscher-verein.de.

Teilhabe am Arbeitsleben trifft Arbeitsförderung

„Faire Chancen am Arbeitsmarkt für alle – Teilhabe am Arbeitsleben trifft Arbeitsförderung“ lautet der Titel einer Fachtagung des Paritätischen Gesamtverbands am Dienstag, 5. November 2013, im Anthroposophischen Zentrum Kassel e.V. Im Mittelpunkt steht die Frage: Was macht einen inklusiven Arbeitsmarkt aus? Antworten gibt es sowohl aus Sicht der Behindertenhilfe als auch der Arbeits-

förderung. Auch Trends in der Vergabepolitik und die Vorstellung von Praxisprojekten in Workshops stehen auf dem Programm. Zielgruppe sind unter anderem Fach- und Führungskräfte aus paritätischen Mitgliedsorganisationen der Arbeitsförderung, der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie. Nähere Informationen gibt Simone Behrendt, Tel.: 030/24 636-306 E-Mail: arbeitsmarkt@paritaet.org.

Internationale Gartenschau barrierefrei

Die Internationale Gartenschau Hamburg (igs) präsentiert unter dem Motto „In 80 Gärten um die Welt“ bis zum 13. Oktober 2013 auf der Elbinsel Hamburg-Wilhelmsburg den Ideenreichtum von Gärtnern, Züchtern und Landschaftsarchitekten. Begleitet wird die Schau von einer Vielzahl von Sport- und Spielangeboten sowie mehr als 1.000 Bildungs- und Kulturveranstaltungen.

Die igs 2013 hat den Hauptrundweg nach eigener Aussage zu 100 Prozent barrierefrei gestaltet. Auch die Gärten sind fast alle unter diesem Gesichtspunkt angelegt. Zudem gibt es für Besucherinnen und Besucher Unterstützung, wenn sie nicht alleine das Gelän-

de erkunden können: Zum Rollstuhl kann kostenfrei eine Schiebehilfe gebucht werden, die für maximal vier Stunden an der Seite des Gastes sein wird. Gleichzeitig vermittelt diese Person Informatives zum Park. Gäste mit Geh- oder Sehbehinderungen können den selben Service nutzen. Zudem stehen am Haupt- und am Westeingang taktile Geländemodelle für blinde und sehbehinderte Gäste.

E-Scooter, Rollstühle und Rollatoren sollten telefonisch unter der Servicenummer 01805/042013 oder per E-Mail an info@remove-this.igs-hamburg.de reserviert werden. Führungen sind sowohl über die Servicenummer als auch unter www.igs-hamburg.de buchbar.

Fachkräfte für Gewaltprävention

Die Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt bietet von Oktober 2013 bis Juli 2014 eine neue Fortbildung für Gewaltpräventionsfachkräfte an. Sie befähigt zur Durchführung von Anti-Gewalt-Trainings in Schulen, Jugendhilfe- und Erwachseneneneinrichtungen sowie zum Angebot von Fachberatung. Neben der Verbindung theoretischer Hintergründe und praktischer Methodenanwendung ist die Fortbildung vor allem praxis- und selbsterfahrungsbezogen angelegt. So werden konfrontative Interventionsstrategien geübt und somit auch selbst erfahren, was den Teilnehmen-

den Sicherheit im Umgang mit gewalttätigen (jungen) Menschen gibt. Zielgruppen sind pädagogische und sozialpädagogische Fachkräfte aus Jugendarbeit, ambulanter und stationärer Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe, Schule sowie allen Tätigkeitsfeldern, die mit der Betreuung, Beratung und Erziehung gewaltbereiter Menschen befasst sind. Weitere Auskünfte und Anmeldung: Landesakademie für Jugendbildung, Postfach 1240, 71256 Weil der Stadt, Tel.: 07033/5269-0, E-Mail: info@jugendbildung.org, www.jugendbildung.org.

Praxispreis: Jugendpolitik vor Ort gestalten

„Jugendpolitik vor Ort gestalten“ heißt das Thema, unter dem die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ für 2014 den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis in der Kategorie Praxis ausschreibt.

Ausgezeichnet werden Arbeiten von Organisationen, Initiativen und Trägern sozialer Einrichtungen, die innovative Modelle, Konzepte beziehungsweise Strategien beschreiben. Der Preis ist mit 4.000 Euro dotiert. Der Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2013. Weitere Informationen gibt es auf www.agj.de.